



**Aufschrei – PAX CHRISTI im  
Bistum Münster 2013**

## I. Beiträge zum Schwerpunktthema

<i>SprecherInnengruppe / Friedensarbeiter:</i>	Jahresbericht zur Diözesanversammlung 2013 .....	5
<i>Hermann Flothkötter / Karl-Heinz Lammerich:</i>	Geschäftsführungsbericht .....	30
<i>Thomas Hoppe:</i>	Entgrenzung der Kriegführung? - Zur Kontroverse um die Anschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr .....	32
<i>Resolution</i>	zu den Flüchtlingsdramen vor Lampedusa.....	48

## II. Weiteres aus dem Bistum

<i>Joachim Garstecki:</i>	Geknicktes Rohr, glimmender Docht und andere Un- vollkommenheiten. Biblische Bilder und die alltägli- che Friedensarbeit. Predigt im Politischen Nachtgebet.....	52
<i>Eberhard Ockel:</i>	Das Pax Christi Delegiertentreffen in Fulda 2013....	66
<i>Die Syrien-Erklärung</i>	im Wortlaut .....	70
<i>Norbert Mette:</i>	Ein anderer Blick auf die Welt und die Kirche.....	72
<i>Leben</i>	statt Zerstörung.....	76
<i>Eberhard Ockel:</i>	Leserbrief.....	92

## III. Hinweise

<i>Termine</i>	aktuelle Übersicht.....	93
----------------	-------------------------	----

# IMPRESSUM

### Herausgeber: PAX CHR PAX CHRISTI Bistumsstelle Münster

Breul 23, 48143 Münster, Telefon: 0251/511 420, e-mail: muenster@paxchristi.de

Internet: www.muenster.paxchristi.de

Bankverbindung: Darlehnskasse Münster – Kto.Nr. 3 962 600 – BLZ 400 602 65

Redaktion: Ernst Dertmann, Ferdinand Kerstiens, Stefan Leibold, Eberhard Ockel

Layout: Inga vom Rath

Bildnachweis: Privatfotos (Ernst Dertmann, Thomas Garske, Ferdinand Kerstiens, PuFo)

Druck: Kleyer-Druck, Münster-Roxel

## Liebe Freundinnen und Freunde in der PAX CHRISTI-Bewegung!

Hier kommt die dritte Ausgabe unserer „Korrespondenz“ in 2013, verbunden mit dem Wunsch, dass ihr alle mit Gottes Segen einen hoffnungsvollen und gesunden Übergang in das Jahr 2014 erlebt habt.

Dass es die dritte Ausgabe in 2013 ist, erkennt ihr an den Nachwirkungen der Diözesanversammlung: Rechenschaftsbericht der SprecherInnen-gruppe und des Friedensarbeiters und Bericht der Geschäftsführung.

Ihr findet den Vortrag des Referenten Prof. Thomas Hoppe von der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg über die unselige Entwicklung der Drohnen, die weltweit das Risiko des Krieges von Soldaten auf Gerät umlenken.

Wir veröffentlichen zudem die auf unserer Diözesanversammlung verabschiedete Resolution zu dem Flüchtlingselend vor Lampedusa.

Norbert Mette hat einen Text zu Papst Franziskus geschrieben, der ja immer mehr zu einem Hoffnungsträger der Kirche zu werden scheint. Wir freuen uns, wenn ihr ihn interessiert zur Kenntnis nehmt.

Die meisten von euch werden sich noch der Anfänge des konziliaren Prozesses für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung erinnern, der in der DDR mit ihrer geistigen Sprengkraft mit zur Grenzüffnung beigetragen hat. Vom 1. bis 4. Mai des nächsten Jahres herum wird es in Mainz eine neue Ökumenische Versammlung geben. Wir dokumentieren den programmatischen Text.

Ein Blick auf die Delegiertenversammlung 2013 von Pax Christi in Fulda, ein kurzer Leserbrief und die Predigt von unserem langjährigen Generalsekretär Joachim Garstecki im Politischen Nachtgebet am 22. November 2013 in Münster runden unser Heftangebot ab.

Wir würden uns freuen, wenn mehr Leserbriefe eintreffen würden. Redaktion macht viel mehr Spaß wenn man auch mal hört/liest, was euch beim Lesen so durch den Kopf geht.

Das Umschlagbild zeigt eine verknotete Pistole des Künstlers Carl Fedrik Reuterswörd. Die mannshohe Plastik steht auf dem Rathausvorplatz in Marl.

Viel Freude und Interesse beim Lesen und ein gesegnetes Neues Jahr wünschen

*Ernst Dertmann  
Ferdinand Kerstiens  
Stefan Leibold  
Eberhard Ockel*

Bericht der SprecherInnengruppe und des Friedensarbeiters

## zur Diözesanversammlung 2013

### Arbeitsweise und Aufgabenverteilung

Von Oktober 2012 bis September 2013 trafen wir uns neunmal zu unseren Sitzungen am Breul 23 und zu einem Klausurtag im noch immer gastfreundlichen Haus Kerstiens/Bußmann in Marl. Vorbereitet wurde die Tagesordnung jeweils von unserem Friedensarbeiter Ernst Dertmann und Gisela Hinricher, seiner Ansprechpartnerin. Unser Sprecher Matthias Lauks und Claus Lohscheller wechselten sich mit der Moderation ab. Michael Finkemeier fungierte weiterhin als gewissenhafter Schriftführer. Hermann Flothkötter hat nach wie vor die ehrenamtliche Geschäftsführung inne und war Ansprechpartner für Karl-Heinz Lammerich, unseren Sekretär, der ebenfalls an allen unseren Sitzungen teilnahm. Eberhard Ockel erklärte sich bereit, Veranstaltungsberichte für die PC-Korrespondenz zu schreiben. Michael Deggerich übernahm von Ernst Mitte des Jahres die Vertretung unserer Bistumsstelle im Vorbereitungskreis des Flüchtlingstages. Veronika Hüning wirkte als Geistliche Beirätin mit; ihre Aktivitäten sind wie die des Friedensarbeiters in diesen Bericht integriert.



Für das geistliche Wort und das leibliche Wohl sorgten wir in bewährter Weise reihum. Weitere feste Bestandteile unserer Treffen waren das „Blitzlicht“ sowie Berichte und Feedbacks zu unseren Aktivitäten.

## „Roter Faden“ – Kampagne gegen Rüstungsexporte

Beim vorigen Klausurtag in Marl hatten wir beschlossen, kein Schwerpunktthema zu wählen, wohl aber einem „roten Faden“ bei unseren Prioritätensetzungen zu folgen. Im Mittelpunkt unserer Aktivitäten 2013 sollte die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ stehen, auch weil sie von der deutschen Sektion mit Ideen, Materialien u.a.m. stark unterstützt wird. Neben anderen aktuellen Themen sollte der Rüstungsexport in Anfragen an Parteien, in Gottesdiensten, in Informationsveranstaltungen und Aktionen wie ein roter Faden laufen. Die Friedenswanderkerze, Unterschriftenlisten sowie Material für Referate und Gebetshilfen waren im Büro bereitgestellt.

Als ein erster wichtiger Schritt traten wir dem Aktionsbündnis bei.

### „Fragen des Monats“

Von Mai 2012 bis Mai 2013 stellten wir Münsteraner Politikern der im Bundestag vertretenen Parteien jeweils eine „Frage des Monats“ zum Thema Waffenhandel, u.a. zu der Entwicklung der deutschen Rüstungsexporte, zur Rüstungskonversion,

zu Waffenlieferungen an Israel und zu Gesetzesinitiativen für die nächste Legislaturperiode. Wir erhielten unterschiedlich viele Antworten (fünf bis eine). Diese Antworten wurden nicht nur auf unserer Homepage veröffentlicht, sondern auch auf der Internetseite der Kampagne „Aktion Aufschrei“ unter dem Stichwort ‚Aktionen – Politischer Dialog‘.

Wir haben viel positive Resonanz darauf bekommen und sehen darin ein Erfolgsmodell.

Im Juni/Juli 2013 werteten wir die Antworten aus und stellten Gemeinsamkeiten und Unterschiede so zusammen, dass unsere Mitglieder sie



als Wahlprüfsteine nutzen konnten. Ab September stand die Übersicht im Internet zur Verfügung.

### Friedenswanderkerze



Die bei unserer letzten Diözesanversammlung ausgesandte Friedenswanderkerze sollte an möglichst vielen Orten brennen, an denen Veranstaltungen zum Rüstungsexport stattfinden. Mitglieder der SprecherInnengruppe aus Coesfeld, Dinslaken, Gescher, Vechta und Vreden griffen dieses Angebot auf; in Vechta jedoch leider ohne Erfolg.

Darüber hinaus wurde die Kerze auch in Münster, Lüdinghausen und Werne eingesetzt. Dort erlitt sie leider einen größeren Schaden und musste – auf Kosten der Verursacher – restauriert werden.

### Lokale Veranstaltungen

In Coesfeld fanden Veranstaltungen mit Winfried Nachtwei und mit dem Bundestagsabgeordneten Schiewerling statt. Auch bei diesen Versammlungen – ebenso wie beim Neujahrsempfang des Diözesankomitees in Münster und bei der Kreisdekanatsversammlung in Dülmen – wurde von Gisela Hinricher und ihren Coesfelder Mitstreitern das Thema angesprochen und viele haben durch ihre Unterschrift ihr Einverständnis mit der Forderung nach einer Grundgesetzänderung erklärt: einem grundsätzlichen Verbot von Rüstungsexporten in einem neu zu formulierenden Rüstungsexportgesetz.

In Vreden veranstaltete der Eine-Welt-Kreis in Zusammenarbeit mit der Geistlichen Beirätin eine Podiumsdiskussion unter dem Thema: „Deutsche Rüstungsexporte – Fluch oder Segen?“ In der PC-Korrespondenz wurde darüber berichtet.

In *Gescher* fand anlässlich des Anti-Kriegstages Anfang September ein Friedensgottesdienst statt. Anschließend waren die Gemeindemitglieder zu einer Bildungsveranstaltung in Kooperation mit dem KBW eingeladen: „Ökumenische Initiativen gegen Rüstungsexporte“. Veronika Hüning referierte; Ernst Dertmann gehörte zu den lebhaften Diskussionsteilnehmern (7).

Insgesamt müssen wir feststellen: Im so genannten Wahlkampf fiel unser Thema kaum ins Gewicht, und unsere Friedenswanderkerze wurde innerhalb der Pax-Christi-Bewegung und in unseren Pfarrgemeinden viel zu selten angezündet.

### Ein weiteres Thema aus dem Bereich Rüstung: Kampf-drohnen

Im Mai 2012 erklärte der Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière, dass die Anschaffung von bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr geprüft werden solle. Im September 2012 begannen die Beratungen des



Haushaltsausschusses des Bundestags über den Etat der Bundeswehr 2013 – einschließlich der Vier-Jahres-Finanzplanung 2013 – 2017. Erstmals wurden in die Finanzplanung Mittel für die Beschaffung von bewaffneten Drohnen aufgenommen. Parallel hierzu gelangten Informationen in die Öffentlichkeit, wie in den

USA der Einsatz von bewaffneten Drohnen im Kampf gegen Terroristen gehandhabt wird. Im Januar 2013 kündigte der Verteidigungsminister an, dass die Bundeswehr bewaffnete Drohnen anschaffen werde. Nach dem Fiasko mit der Aufklärungsdrohne „Euro Hawk“ war die Diskussion über Drohnen in der breiten Öffentlichkeit angekommen.

Wir haben die Problematik des Einsatzes von Kampfdrohnen intensiv diskutiert. Wir sahen einen engen thematischen Zusammenhang der Drohnenfrage mit unserem Schwerpunktthema „Stoppt den Waffenhandel! – Kampagne gegen Rüstungsexporte“. So haben wir beschlossen, uns in einem Brief an alle Fraktionsvorstände der im Bundestag vertretenen Parteien mit dem Appell

„Nein zur Anschaffung von Kampfdrohnen!“ zu wenden.

Im Schreiben vom 29. April 2013 warnten wir vor einer neuen Qualität der Kriegsführung, äußerten unsere Befürchtung vor der Herabsetzung der Schwelle zur Gewaltanwendung und verwiesen auf ethisch und völkerrechtlich ungeklärte Fragen. Wir forderten von den Mitgliedern des Bundestags:

- Erteilen Sie dem Vorhaben, Kampfdrohnen anzuschaffen, eine Absage!
- Verlangen Sie von der Bundesregierung eine eindeutige Ablehnung des Einsatzes solcher Waffen oder auch nur der Drohung mit ihnen!
- Setzen Sie sich im Rahmen Ihrer Möglichkeiten für eine völkerrechtlich verbindliche Konvention zum Verbot solcher Waffen ein!



Wie nun ist die Reaktion der Parteien im Bundestag auf unseren Appell ausgefallen? Die Parteien CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke haben nicht reagiert, ihre Antwort steht bis heute aus. Reaktionen kamen demnach nur von der SPD und der FDP. Aus den Antwortschreiben der beiden Parteien sollen hier die wichtigsten Argumente zusammengefasst werden.

*SPD* (geantwortet hat Herr Gernot Erler am 6.05.2013):

Die SPD bestätigt erhebliche ethische und völkerrechtliche Bedenken und fordert hierüber eine umfassende gesellschaftliche Debatte. Die Beschaffung von Kampfdrohnen findet sie zurzeit unsinnig, da die Bundeswehr weder eine aktuelle Fähigkeitslücke aufweist, noch über konzeptionelle Grundlagen für den Einsatz solcher Drohnen verfügt. Sie fordert die Bundesregierung auf dafür zu sorgen, dass Kampfdrohnen in die Rüstungskontrollprozesse bzw. in Abrüstungsverhandlungen aufgenommen werden. Außerdem verlangt sie von der Bundesregierung eine eindeutige Position dazu, dass extralegale Tötungen einen Verstoß gegen das Völkerrecht darstellen; sie soll sich dafür einsetzen, dass derartige Einsätze nicht mehr durchgeführt werden.

*FDP* (geantwortet hat Dr. Rainer Stinner am 13.05.2013):

Die FDP sieht den Einsatz von Drohnen als „ethisch neutral“ an, da unsere Verfassung, unsere sicherheitspolitische Kultur und der grundsätzliche Wille aller politischen Parteien einem Missbrauch beim Einsatz von Kampfdrohnen entgegenstünden. Ebenso lehnt es die Partei ab den politischen Entscheidungsträgern pauschal zu unterstellen, mit Kampfdrohnen verantwortungsloser umzugehen als mit bisher zum Einsatz kommenden Waffensystemen. Für insgesamt wünschenswert hält sie es, Kampfdrohnen einer internationalen Regelung zu unterwerfen, durch die missbräuchlicher Einsatz ebenso wie eine erneute Rüstungsspirale verhindert werden können.

Dass wir uns weiter und intensiv mit der Kampfdrohnenproblematik auseinander setzen wollen, zeigt das Thema unserer diesjährigen Diözesanversammlung deutlich.

### **Highlight 2013: Die zweite Verleihung des Johannes-XXIII.-Preises**

In zwei Sitzungen hat sich der Beirat mit Mehrheit für den Preisträger „Geistliches Zentrum (Gastkirche und Gasthaus) zu Recklinghausen“ entschieden.

Sicherlich war diese Verleihung der Höhepunkt im ganzen Berichtsjahr.

Die Verleihungsfeier wurde vor Ort in Recklinghausen vom Friedensarbeiter Ernst vorbereitet:

- zum einen am 24. Januar durch ein Gespräch mit Ludger Ernsting und Bernhard Lübbering,
- durch ein Pressegespräch am gleichen Tag und
- durch einen Vortrag am 7. Mai 2013 in Recklinghausen: „Johannes XXIII. und die Eröffnung des Zweiten Vatikanischen Konzils“.



Je eigene Texte wurden an die Medien (Zeitungen, WDR und KNA) zur Verleihungsfeier des Johannes-XXIII.-Preises verschickt. Es gab Nachfragen der Zeitungen. Interessant war, dass die Meldung an die KNA am Dienstag versandt wurde und schon am Donnerstag in „Kirche+Leben“ unter Quellenangabe KNA darüber berichtet wurde.

Ernsts Optimismus, dass doch wohl ein paar Busse zur Verleihungsfeier anreisen würden, wurde am Tag der Verleihung Wirklichkeit. Mit zwei Bussen reisten Mitarbeiter/innen der Gastkirchengemeinde nach Münster

zur Akademie Franz- Hitze-Haus. Die Verleihungsfeier fand über 300 Teilnehmende. Weihbischof em. Ostermann ließ es sich so wenig nehmen wie der bekannte Theologe Johann B. Metz, vorbeizuschauen. Schade, dass von der deutschen Sektion von pax christi keinerlei Echo auf die Einladung kam – weder durch Anwesenheit noch durch ein Grußwort.

Der Reihenfolge nach redeten, nach der Begrüßung durch die Geistliche Beirätin, Friedensarbeiter Ernst Dertmann über den Preis, Ferdi Kerstiens und Klaus Hagedorn über den Preisträger. Und auch der stellv. Bürgermeister Recklinghausens fand knappe Worte, bevor Dankesworte vom Preisträger (in Person von Sr. Judith und Pfr. Ludger Ernsting) zu hören waren. Die Verleihungsfeier schloss mit einer Agapefeier ab.

Die Medien in Recklinghausen und auch das Internet des Bistums haben sehr ausführlich über die Verleihungsfeier berichtet.

### Unser „Markenzeichen“: Politische Nachtgebete

Die Politischen Nachtgebete werden von einem Vierer-Kreis vorbereitet, dem Gunhild Ockel, Veronika Hüning, Ernst Dertmann und Michael Rösch angehören.



Plakate als Einladungen gehen u.a. an alle Pfarrgemeinden in Münster, im Aushang wurden sie aber sehr selten gesehen.

Im Berichtsjahr fanden zwei Politische Nachtgebete statt:

Das **Fünfzehnte Politisches Nachtgebet** zu Münster war ganz dem drohenden Verschwinden der Lieder von

Huub Oosterhuis aus dem neuen „Gotteslob“ gewidmet. Thema: SINGEN GEGEN DIE NACHT – Lieder von Huub Oosterhuis

Dabei wirkten mit: der Chor der kleinen Kirche zu Osnabrück und der Assistent von Oosterhuis, Kees Kok, der Meditationstexte einschob.

Dem **Sechzehnten Politischen Nachtgebet** zu Münster am 26. April 2013 gab der Prediger Ferdinand Kerstiens den Titel „Einheit, die befreit“. Es endete mit schriftlichen Grüßen und Wünschen zur ökumenischen Einheit, die Veronika Hüning in der folgenden Woche samt einem Blumenstrauß der Evangelischen Studierendengemeinde überbrachte.

Das Nachtgebet mit den Oosterhuis-Liedern fand ein überaus großes Echo bei den Teilnehmenden und auch das folgende im „Kirchenasyl“, der Kapelle des Marianum, war gut besucht.

### Weitere Veranstaltungen und Aktivitäten

#### Regionale Studientage

Der Studientag östliches Münsterland am 19. Januar 2013 fand in Freckenhorst mit Magdalene Bußmann statt.



Am 26. Januar 2013 war der Studientag der Region Niederrhein in Xanten mit vielen Teilnehmenden. Referenten waren Veronika und Ernst. Thema: „Johannes XXIII. und das Zweite Vatikanische Konzil. Friedensaussagen des Konzils, die Erklärung ‚Nostra Aetate‘ im Besonderen“.

### Lokale Veranstaltungen zum Shoa-Gedenken

Der Shoatag in Vreden am 27. Januar 2013 fand nach manchen Vorbereitungstreffen an die 100 Teilnehmende. Diesmal wurden ausschließlich Gedichte von Überlebenden aus Auschwitz und deren Nachkommen von den Mitgliedern des Vorbereitungskreises vorgetragen und von Musik umrahmt. Friedensarbeiter Ernst hatte dazu Vorschläge gemacht. Eingeladen zu diesem Gedenken haben: pax christi im Bistum Münster, die Stadt Vreden, das Gymnasium, die Pfarrgemeinde St. Georg.



Am 26. Februar 2013 leitete Friedensarbeiter Ernst eine Veranstaltung mit vielen neuen Dokumenten zum Leidensweg der Juden aus dem Bistum Münster nach und in Riga. Veranstalterin war die Pfarrgemeinde St. Otger in Stadtlohn. Es nahmen über 50 – auch jüngere – Interessierte daran teil.

Der Bürgermeister von Recklinghausen lud ein zu einer Gedenkveranstaltung „70 Jahre Deportation aus Recklinghausen über Gelsenkirchen, Dortmund in das Ghetto Riga am 24. Januar 1942 – Massentötung bei der

Räumung des Ghettos Riga am 2./3. November 1943“. Die Gedenkstunde fand am 24. Januar 2013 ab 17 h im Rathaus statt. Friedensarbeiter Ernst nahm daran teil. Es wurde eine Ausstellung eröffnet. Georg Möllers und Jürgen Pohl haben dabei auch ihr Buch über die Deportationen nach Riga vorgestellt. Beide waren seinerzeit Teilnehmer an unserer Fahrt nach Riga. Die Erinnerungsarbeit von pax christi im Bistum Münster wurde mehrfach ausdrücklich lobend erwähnt.

### Fahrten und Projekte in 2013

Ausgefallen sind mehrere geplante Projekte mangels Anmeldungen:

- a) Exerzitien mit Schweigen mit Bernhard Lübbering: 2 Anmeldungen
- b) Fahrt auf den Spuren Martin Luthers: 6 Anmeldungen
- c) Fahrt nach Köln auf den Spuren der Edith Stein: 4 Interessierte
- d) Ökumenische Pilgerfahrt nach Riga: nur 12 Anmeldungen – leider, leider. Und dabei war alles in allen Einzelheiten sehr gut vorbereitet: von den Treffen mit Herrn Bergmanis und Vestermanis bis zu der Auswahl der Texte für die sieben Gedenkstätten und die Auswahl des Hotels und der Lokale für die Abendessen. Die Anmeldungen kamen aus Xanten, Rhede, Gronau, Vechta, Münster, Köln; darunter 6 Mitglieder von pax christi.

### Freiwilligendienst

Unsere AG Freiwilligendienst besteht aus fünf Personen: Christel Bußmann, Ernst Dertmann, Michael Finkemeier, Gisela Hinricher und Veronika Hüning. Bereits im letzten Jahr fiel unsere Entscheidung für einen Projektpartner in der Ukraine: das Kinderheim „Our Kids“ in Kiew. Dort sollen durch die jeweils zwei Freiwilligen ein Jahr lang die Sozialeltern bei der Betreuung der Kinder unterstützt werden.

Von August 2013 bis Juli 2014 ist es unsere Aufgabe, die von der Bistumsstelle Aachen ausgewählten Freiwilligen, Elena Rother und Ilja Verspohl, als sog. „Paten“ mit zu begleiten. Wir haben sie beim Jubiläumsfest der „Oase“ in Gronau kennen und schätzen gelernt. Veronika Hüning, Matthias Lauks und Ernst Dertmann nahmen an ihrer Entsendungsfeier am 9.8. in Eupen teil.

Im kommenden Jahr – nach dem sanften Einstieg über Pax Christi Aachen – wollen wir die Freiwilligenstellen selber ausschreiben. Eine Zusammenarbeit mit Sebastian Aperdanner vom Referat Weltkirche ist



dabei und bei der Vorbereitung der Freiwilligen möglich. Die Fachstelle Friedensdienste der deutschen Sektion ist jedoch unser wichtigster Kooperationspartner.

### **In Planung: Gedenken an den Ersten Weltkrieg**

2014 jährt sich zum hundertsten Mal der Tag des Beginns des Ersten Weltkrieges. Dazu wird es einige Aktivitäten geben.

#### **Belgien**

In Kooperation mit dem Bezirksverband Münster des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge planen wir für September 2014 eine Fahrt für junge Erwachsene, mit der wir besonders Nachwuchs-JournalistInnen und junge christliche Friedensbewegte ansprechen wollen: „In Flanders Fields“. Die Medien-Leute können als MultiplikatorInnen das Erlebte weitergeben.

Das vorläufige Programm liegt bei der Diözesanversammlung aus.

#### **Niederlande**

Außerdem würden wir gerne mit Friedensbewegten aus den Niederlanden zusammenarbeiten. Die Kontakte werden zurzeit geknüpft.

#### **Frankreich**

Gisela Hinricher, Eva-Maria Altena und Bernhard Lübbering haben mit dem Friedensarbeiter Ernst zusammengesessen und einen möglichen Reiseplan für eine Gedenkstättenfahrt nach Frankreich zu Kriegsstationen des Ersten und Zweiten Weltkrieges überlegt.

Termin: 2015; mögliche Stationen: Münster – Amiens – Péronne an der Somme – Lisieux – Caen – Oradour sur Glane – Versailles – Verdun

Es wird weiter daran gearbeitet und gefeilt.

#### **„Pax christi nach vorne bringen“**

Schon längere Zeit hat uns die Frage beschäftigt, wie wir pax christi in der Öffentlichkeit besser bekannt und für neue Mitwirkende attraktiver machen können, sei es für Mitglieder, Förderer oder freie Aktive.

- **Workshop**

Um uns professionell unterstützen zu lassen führten wir mit der Beraterin Ursula Schmees einen ganztägigen Workshop durch. Dabei ging es vor allem um die Klärung unserer Ziele und der Zielgruppen, die wir ansprechen wollen.

Auf der Grundlage der Ergebnisse dieses Workshops beriet uns Lars Hüning, Fachmann für Öffentliche Kommunikation, über die nächsten Schritte. Wir mussten reduzieren, konkretisieren, präzisieren. Am Ende stand eine Reihe von Maßnahmen, die wir vorrangig angehen wollen.

- **Konkrete Maßnahmen**

In den nächsten Monaten soll der Versuch eines „Friedenstelefon“ (Karl-Heinz) stattfinden.

Michael Deggerich will an einer Schulung über Facebook teilnehmen.

Wir wollen in Bildungshäusern stärker in Erscheinung treten. Die Bildungshäuser sind einverstanden; wir müssten jeweils die Ausstellungen auswählen oder entwerfen.

Im Rahmen der Erinnerungsarbeit und der Begegnung mit Menschen in anderen Ländern werden Fahrten in die Niederlande und nach Belgien, evtl. auch nach Frankreich geplant (s.o.). Angedacht sind auch Bergtouren als „via pacis“; hier allerdings sind der Kreis der Adressaten und der Rahmen (Tagestour oder mehrtägige Pilgerwege) noch ungeklärt. Beide Vorhaben sollen auch neuen Interessierten einen Zugang zu unserer Friedensarbeit eröffnen.

#### • **Verbesserung der Homepage**

Ein Medium, das vielleicht weniger für unsere jetzigen Mitglieder, aber verstärkt für neue Interessierte als unverzichtbar gilt, ist das Internet. Deshalb hielten die meisten von uns eine Verbesserung unserer Homepage für sinnvoll. Ein Student, der mit Veronika Hüning zusammenarbeitete, unterstützte uns. Ziel war zunächst eine Überprüfung der vorhandenen Seiten, dann die Verbesserung der Übersichtlichkeit und ein frisches, ansprechendes Aussehen.

Als die Entwürfe des Studenten, Christian Dölle, recht weit fortgeschritten waren, stoppte uns das Sekretariat in Berlin sanft und bat um Anpassung an das neue Corporate Design der deutschen Sektion. Was deren Initiative für einen verbesserten Internetauftritt betrifft, müssen wir die Ergebnisse abwarten. Kleine Verbesserungen haben wir bereits umgesetzt; wer unsere Homepage besucht, kann z.B. das beim Klausurtag formulierte Motto entdecken sowie Veränderungen unter den Stichworten „Derzeitige Schwerpunkte“, „Aktuelles“ und „Wir über uns“.

#### • **Weitere Öffentlichkeitsarbeit**

Bei lokalen Veranstaltungen hatten wir keine Probleme, eine Veröffentlichung in der Zeitung zu erreichen (Ankündigungen und Berichte).

Veronika Hüning und Ernst Dertmann als Pressesprecher/in verfassten eine Erklärung zu Kampfdrohnen, die vom Pressedienst des Bistums Münster aufgegriffen wurde.

Außerdem schrieb Veronika Hüning Pressemitteilungen und Leserbriefe:

- zum „Wahlprüfstein Fortschritt“ am Beispiel der Kampfdrohnen (gekürzt und spät veröffentlicht in „Kirche+Leben“),
- zu Ägypten (an prominenter Stelle aufgegriffen von „kirchensite“),
- zu Syrien (gekürzt veröffentlicht in den Westfälischen Nachrichten).

### **Weiterführung des Friedensarbeiterprojekts**

Ernst Dertmann ist seit dem Jahr 1999 unser Friedensarbeiter; bis zum heutigen Tag sind das fast 15 Jahre erfolgreicher Zusammenarbeit. Kein/e



vorher beschäftigte/r Friedensarbeiter/in hat es so lange in unserer Bistumsstelle Münster „ausgehalten“. Es hieße Eulen nach Athen tragen, würde man an dieser Stelle versuchen aufzuzählen, was Ernst in diesen Jahren für uns und mit uns im gesamten Bistum alles so „angestellt“ hat. Im Februar 2014 endet

nun der jetzt gültige Vertrag mit Ernst und für uns stellte sich die Frage, wie es mit dem Projekt „Friedensarbeiter“ weitergehen soll oder kann.

In unserer Sitzung am 29. Mai 2013 wurde erstmals über diese Frage gesprochen. Es wurden dabei sehr unterschiedliche Möglichkeiten mit ihren Vor- und Nachteilen beleuchtet – vom Auslaufen des Vertrages im Februar 2014 bis hin zu einer turnusmäßigen Vertragsverlängerung für 3 weitere Jahre bis Februar 2017.

Ernst war in Kenntnis gesetzt darüber, dass sich die SprecherInnengruppe mit der Weiterführung des Friedensarbeiterprojekts auseinandersetzt.

**Es soll oder muss erwähnt werden, dass Ernst sich für seine Weiterbeschäftigung bis 2017 beworben hat** und in seiner Bewerbung 12 Gründe anführte, die aus seiner Sicht eine Vertragsverlängerung nahe legen. Die aufgeführten Gründe waren sowohl dienstlicher wie auch persönlicher Natur und wir haben sie ernsthaft in unseren sehr schwierigen Abwägungsprozess einbezogen.

Worum ging es in dieser Diskussion? In unserer Bewegung wird seit einiger Zeit darüber diskutiert, wie man die Öffentlichkeitsarbeit von Pax Christi verändern, sprich: dem heutigen Kommunikationsverhalten anpassen kann. Dafür haben wir auch in der Bistumsstelle bereits professionelle Hilfe eingeholt (s.o.). Ein Hauptaugenmerk besteht darin, festzustellen, wo es Menschen oder Gruppierungen gibt, die wir neu erreichen können, oder anders ausgedrückt: Wie nehmen sie uns und unsere Angebote besser wahr als bisher? Ohne dem Zeitgeist hinterherzulaufen glauben wir, dass es notwendig wird, sich verstärkt neuen Kommunikationsmethoden und -medien zu öffnen (z.B. Facebook, Twitter, ansprechender Internetauftritt, einheitliches Erscheinungsbild etc.). Keinesfalls soll oder muss dies auf Kosten unserer vertrauten Mitgliederpflege gehen, doch vieles würde unsere gewohnte Arbeitsweise verändern. Dies gilt gleichermaßen für die Mitglieder der SprecherInnengruppe wie für manche Aufgaben des Friedensarbeiters. So erschien es uns legitim, darüber zu diskutieren, ob auch eine Personaländerung uns vorwärts bringen könnte.

In einer weiteren Sitzung wurde nach einem Kompromiss der SprecherInnengruppe gesucht, der möglichst viele der vorgetragenen Argumente und Anliegen berücksichtigt. In dieser Sitzung wurde ein Ergebnis gefunden, dem alle SprecherInnen ohne Ausnahme zugestimmt haben. Im Einzelnen wurde Folgendes vereinbart:

1. Der Vertrag mit Ernst wird letztmalig bis zum 31.08.2015 verlängert und endet danach.
2. Nach Vertragsablauf besteht die Möglichkeit von Honorarvereinbarungen zwischen Ernst und der Bistumsstelle für Redaktionsarbeiten, Vorträge, Schulveranstaltungen, Reiseleitungen, Buchprojekte etc.

3. Wenn notwendig, gehört die Einarbeitung einer neuen hauptamtlichen Kraft zur letzten Phase von Ernsts Tätigkeit.

Mit dem gefundenen Kompromiss der SprecherInnengruppe wird erreicht, dass

- Ernst genügend Zeit erhält, sich auf die neue Situation einzustellen,
- die nächste Johannes-XXIII.-Preis-Verleihung in den Vertragszeitraum des Initiators dieses Preises fällt,
- die SprecherInnengruppe das neue Projekt „Friedensarbeiter“ in Ruhe vorbereiten kann,
- die neue SprecherInnengruppe, die im Herbst 2015 gewählt wird, dann ein „geordnetes Haus“ vorfindet.

Ernst wurde das Beratungsergebnis der SprecherInnengruppe mitgeteilt.

Alles, was jetzt hier gesagt und geschrieben ist, steht unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit. Wie wir alle wissen, wird das Projekt des hauptamtlichen Friedensarbeiters fast ausschließlich durch Spenden finanziert. Die Spendenbereitschaft unserer Mitglieder entscheidet letztendlich über die Realisierung des gesamten Vorhabens.

Zum Schluss noch Folgendes: Ernsts ehrenamtliches Engagement nach Ablauf seiner Vertragslaufzeit, wann, wo und in welcher Form auch immer, wird von uns erhofft und erwünscht.

## **Verschiedene Kooperationen und Vernetzungen**

### **Verbindung zum Diözesankomitee und zum Sachausschuss Weltkirche**

Für die SprecherInnengruppe von pax christi im Bistum Münster nimmt Gisela Hinricher zweimal im Jahr an der Vollversammlung des Diözesankomitees und außerdem am Neujahrsempfang teil.

So konnte sie von folgenden Themen berichten: Dialogprozess, Diözesanpastoralplan, Umsetzung der Menschenrechte und Bewahrung der Schöpfung, Kriterien für die Kirche im Bistum Münster und die Politik

im Bund und in Kommunen, Biogas und Maisanbau, Grundeinkommen, Kirche als Arbeitgeber, verfolgte Minderheiten in der Welt, Diakonat der Frau.

Als besonderen Erfolg werten wir den Beitritt des Diözesankomitees zur Kampagne „Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“. Bei der Herbstvollversammlung und beim Neujahrsempfang des Diözesankomitees konnte pax christi viele Unterschriften sammeln (siehe „roter Faden“).

Im Sachausschuss Weltkirche, der achtmal im Jahr tagt, vertritt Theo Hinricher im Auftrag der SprecherInnengruppe pax christi.



In den vergangenen Monaten beschäftigte man sich mit Themen wie Partnerschaften

mit Ghana und Tula in Mexiko, Option für die Armen, Kontakte zu Mittel- und Osteuropa, Freiwilligendienste in Polen oder der Ukraine und sehr intensiv mit der Drohnenproblematik.

In der SprecherInnengruppe berichtet Gisela regelmäßig von Themenschwerpunkten und Beschlüssen des Diözesankomitees und nach Rücksprache mit Theo von der Arbeit des Sachausschusses.

### Überregionale Zusammenarbeit

An Delegiertenversammlung, Bistumsstellentreffen und allen Friedensarbeitertreffen (zweimal jährlich) nahm unser Friedensarbeiter teil.

Zur Delegiertenversammlung fuhr außerdem Michael Finkemeier mit, zum Bistumsstellentreffen Claus Lohscheller.

Zur Delegiertenversammlung 2012 hatte unsere Bistumsstelle 4 Anträge eingebracht, die allesamt einstimmig von der SprecherInnengruppe verabschiedet worden waren. Aus Zeitmangel wurden sie von der DV an das Präsidium überwiesen.

Christine Hoffmann teilte mit, dass das Präsidium über die Anträge so entschieden hat:

1. Antrag *Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland*: inhaltliche Zustimmung; modifizierte Annahme durch Aufnahme des Themas in die Wahlprüfsteine; weiteres Engagement in der Kampagne „atomwaffenfrei jetzt!“
2. Antrag *Militärisches Zeremoniell bei Staatsbesuchen*: einstimmig abgelehnt. Im Kontext 100 Jahre Beginn des Ersten Weltkriegs werde die Gelegenheit eines Staatsbesuchs gesucht, der einen geeigneten Anlass zu einem Kommentar zum Thema bietet; im Kontakt mit dem Versöhnungsbund wird das Thema angesprochen.
3. Antrag *Ausschluss von Vertretern der Rüstungsindustrie* bei Auslandsreisen von Regierungsmitgliedern: wird integriert in die Wahlprüfsteine oder später in Gratulationsschreiben an die Kanzlerin aufgegriffen.
4. Antrag *Projekt Friedenskanal* in Israel/Palästina/Jordanien: Antrag abgelehnt bei einer Enthaltung.

Auf der Delegiertenversammlung selber hatten die Anträge sehr viel Zustimmung – vor allem von den jüngeren Delegierten – erhalten. Eine Begründung der Ablehnungen ist bis heute nicht eingegangen.

### Ökumenisches Netzwerk zur Bewahrung der Schöpfung

An den Treffen in Ahaus haben je einmal Veronika Hüning und Michael Deggerich teilgenommen.

Vorbereitet wurden dabei eine Mahnwache zum Fukushima-Tag und dann vor allem der Ökumenische Schöpfungstag zum Thema „Umgang mit Wasser“. Ernst, Michael und Veronika betreuten am 14. September – bei strömendem Regen – unseren Stand zum Thema „Zugang zu sauberem Wasser für alle Menschen“ und boten den Passanten in der Ahauser

Fußgängerzone die Broschüre „Ökumenische Erklärung zum Wasser als Menschenrecht und als öffentliches Gut“ an. Darüber hinaus konnten wir Spenden für Bio-Sandfilter sammeln, die in Kenia in der Provinz Nyeri



von Caritas International eingesetzt werden. Bis zum Ende des Monats ist unsere Stellwand noch in der KSHG zu sehen, im Rahmen des Projekts „Wasser“ der Eine-Welt-Gruppen in Münster.

Ein Gottesdienst in der Marienkirche fand diesmal nicht statt.

### **Flüchtlingstag**

Im Berichtszeitraum gab es Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit unseren Kooperationspartnern Referat Weltkirche und Caritasverband und unterschiedliche Annahmen über deren Ursachen. Wir entschieden uns, Michael Deggerich als unseren Vertreter zu den Treffen zu entsenden, in denen über die Zukunft des Studien- und Informationstags zur Flüchtlings- und Asylarbeit beraten wird. Bisher fanden zwei Sitzungen zur Perspektiv- und Konzeptentwicklung statt. Die Weiterarbeit soll mit den bisherigen Teilnehmenden am Flüchtlingstag sowie Interessierten gemeinsam am 13.12.2013 von 15 bis 17 Uhr im Liudgerhaus in Münster erörtert und entschieden werden. Ende September wurden die Einladungen dafür auf den Weg gebracht.

### **Friedensbildung**

Ernst Dertmann ist in den Referentenpool des Netzwerks Friedensbildung NRW aufgenommen worden.

Nach wie vor stehen seine Angebote auch im Fortbildungsprogramm für Lehrpersonen des Kreises Borken, während Veronika Hüning und Hermann Flothkötter sich dort zurückgezogen haben.

Im Berichtszeitraum kam es zu keinen Schulbesuchen unseres Friedensarbeiters.

### **Franz-Hitze-Haus**

Die Veranstaltung zum Jubiläumsjahr der Kubakrise 1962 fand etliche Teilnehmende. Gestritten wurde dabei über die Vermittlungsrolle des Friedenspapstes Johannes XXIII., die in der Literatur weitgehend vernachlässigt wird und auch in dem Vortrag keinerlei Erwähnung fand. Unser Friedensarbeiter brachte seine Kenntnisse und seine Position engagiert ein: Die beiden großen Kontrahenten Kennedy und Chruschtschow hätten sich dazu so geäußert: „Ohne diesen Papst wäre die Krise niemals so friedlich verlaufen. Die Geschichte wird das diesem Papst niemals vergessen“. Dass die Rolle Johannes' XXIII. aber doch vergessen wurde, sei ein Skandal.

Mit dem Franz Hitze-Haus war vom 22. bis 23. März 2013 eine Tagung zu „Pacem in terris“ geplant und vorbereitet. Diese 2-Tage-Veranstaltung ist abgesagt worden. Veranstalter waren: FHH, pax christi, Diözesankomitee. Es hatten sich 7 Interessierte angemeldet – und 5 Referenten zugesagt.

### **Patriarch Gregorios III. (doch nicht) in Münster**

Im Rahmen der Verleihung eines Friedenspreises an den Patriarchen der griechisch-katholischen Kirche sollte Gregorios III. Münster besuchen. Zusammen mit Ernst Dertmann und Michael Rösch von der Hochschulgruppe bereiteten wir einen Friedensgottesdienst in Kooperation mit der ACK und der ESG vor sowie einen Gesprächsabend in Kooperation mit der KSHG. Der Besuch kam leider nicht zustande. Aufgrund politischer

Irritationen wurde die gesamte Reise einschließlich Preisverleihung abgesagt.

### **AKH-Wintertagung**

Die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Hochschulgemeinden richtet ihre nächste Tagung in Münster aus. Da sie unter das Thema Frieden gestellt wurde, hat die Münsteraner KSHG pax christi als Kooperationspartnerin angefragt.

Mit Friederike Bude (Referentin für Politik und Gesellschaft in der KSHG) hat Ernst Dertmann ausführliche Überlegungen angestellt. Ernst wird eine thematische Stadtführung anbieten und weitere studentische Stadtführer/innen anleiten. Von den vorgeschlagenen über 20 wichtigen Orten in Münster sind natürlich nicht alle in einer Stunde am Abend im Januar zu schaffen. Also wird es wohl bei Stationen rund um den Domplatz und den Prinzipalmarkt incl. Friedenssaal bleiben.

Veronika Hüning hat zusammen mit Michael Rösch einen Workshop „Gewaltfreiheitstraining“ organisiert. Veronika hat auch an den Vorbereitungstreffen in der KSHG teilgenommen und zusammen mit Ernst das Team beraten über eine Filmauswahl und über die Besetzung eines Podiums zum Thema: Aufgabe der ChristInnen bei der Friedensförderung.

### **Friedensdekade 2013**

Die diesjährige Ökumenische Friedensdekade wird am 10. November in Münster eröffnet. Das Thema lautet: „solidarisch?“ Zur Vorbereitung des ökumenischen Eröffnungsgottesdienstes war pax christi eingeladen. Dieser Gottesdienst beginnt um 16 h in der Apostelkirche. An den beiden ausführlichen Vorbereitungstreffen nahm Ernst teil. Seine Vorschläge und Anregungen wurden fast alle übernommen.

## **Verschiedene Begegnungen und Treffen**

### **Jubiläum der Oase**

Zum 10-jährigen Jubiläum der Oase und unseres Versöhnungskunstwerkes „Von Angesicht zu Angesicht“ auf der deutsch-niederländischen

Grenze am 23. Juni 2013 in Gronau hatten wir PAXE einiges vorbereitet: Ferdi (Mitgestaltung des ökumenischen Gottesdienstes), Veronika (Meditation), Meinhard Hüning (Lieder live), Limericks vom Friedensarbeiter Ernst. Die kulturellen Beiträge kamen aber nicht zum Zuge; auch Ferdis Mitgestaltung des ökumenischen Gottesdienstes war nicht gefragt. Die Jubiläumsfeier fand zahlreiche Teilnehmende, leider sehr wenige PAXE. Manfred Laumann aus Ahaus berichtete in der PC-Korrespondenz über die Veranstaltung, ihre Vorgeschichte und Hintergründe.

### **Besuch der Synagoge**

Am Samstag, dem 13. Juli, besuchten einige Pax-Christi-Mitglieder der Diözese die Synagoge in Münster. Wir kamen nicht aus touristischen Gründen, sondern wollten am Synagogengottesdienst teilnehmen.

Nach einer eher informellen Begrüßung durch den Gemeindevorsteher vor dem Gottesdienst wurden die Männer mit einer Kippa versehen in den Saal gebeten, die Frauen nahmen auf der Empore Platz.

Im Saal konnte dank eines Gesangbuches der Verlauf der langen Liturgie in groben Zügen verfolgt werden. Anders auf der Empore: Dort wurde die Konzentration erschwert, da Frauen sich relativ laut unterhielten und kamen und gingen. Der Gemeindevorsteher sagte uns später, dies sei normal, da die Frauen nicht so strengen Regeln unterworfen seien, weil sie sich um den Haushalt kümmern müssten.

Nach dem Gottesdienst erzählte uns der Gemeindevorsteher noch einiges über die Gemeinde und beantwortete unsere Fragen. Abschließend nahmen wir auf Einladung der Gemeinde noch einen kleinen Imbiss ein.

Ein Highlight für unseren Friedensarbeiter war die **Einladung des Kolpingwerkes** zu einem Vortrag am 27. März 2013 in der Kolpingbildungsstätte Coesfeld. Der Weg dorthin führte über einen Studenten, der an einer Staatsexamensarbeit über Papst Johannes XXIII. schrieb und durch unsere vor dem Büro ausgelegten „Korrespondenzen“ auf Ernst als geeigneten Referenten aufmerksam wurde. Es waren 40 Teilnehmende aus NRW (junge Ehepaare zwischen 25 und 40 Jahren) dabei. Die Kolpingwoche in Coesfeld stand unter dem Motto „bewegen“. Ernst

hatte das Themenspektrum „Friedensauffassungen von Johannes XXIII., Zweites Vatikanisches Konzil – und was jeder tun kann“ vorbereitet. Zeit für seinen Vortrag: 2 Stunden. Es schloss sich eine Diskussion von einer Stunde an, in der vorwiegend Fragen zu unserer Friedensarbeit gestellt wurden. Ernst hat es sehr gefreut, dass er am Ende langen und lauten Applaus bekam („standing ovations“) und dass er im Nachhinein erfuhr, wie heftig seine Aussagen die Teilnehmenden auch an den weiteren Tagen beschäftigt und die Gottesdienste inhaltlich gefüllt haben.

Bei Interesse können wir noch berichten über:

- den deutsch-polnischen Jugendkontakt sowie
- die Initiativgruppe „Riga“ in Gescher.

### Unser wichtigstes Kommunikationsmittel: Die PC-Korrespondenz

Unsere Korrespondenz ist nach wie vor unser Aushängeschild nach draußen und das wichtigste Kommunikationsorgan für unsere Mitgliedschaft. Sie erschien auch im Berichtsjahr dreimal.

Die Redaktion wird gebildet - in alphabetischer Reihenfolge – von Ernst Dertmann, Ferdi Kerstiens, Stefan Leibold und Eberhard Ockel.

Für eine neue Ausgabe trifft die Redaktion einmal zusammen und überlegt das Schwerpunktthema und die anzusprechenden AutorInnen. Ihnen wird ein Seitenumfang zu- und mitgeteilt. Ernst bringt zudem Beiträge von Aktivitäten auf Bistumsebene bei und sucht dazu VerfasserInnen. Alle Eingänge landen bei Ernst, der sie an die Redaktionskollegen weiterleitet. Gemeinsam wird entschieden, welcher Beitrag veröffentlicht werden soll und welcher von wem zu kürzen ist. Nach Redaktionsschluss stellt Ernst das Heft zusammen, bringt die Beiträge in eine Reihenfolge, korrigiert alle Artikel, sucht geeignete Bilder aus und macht die Terminübersicht.

Die Ausgaben im Berichtsjahr:

- Korrespondenz 3/2012: PAX CHRISTI im Bistum Münster – hartnäckig vielfältig aktiv;
- Korrespondenz 1/2013: Von der Aussöhnung zur Versöhnung

- Korrespondenz 2/2013: Alle sind willkommen – Die Verleihung des Zweiten Johannes-XXIII.-Preises

Die Rückmeldungen sind überwiegend sehr positiv, bis auf wiederholte Mahnungen, den Umfang zu beschränken und keine zu wissenschaftlichen Beiträge aufzunehmen. Viele Mitglieder bedanken sich ausdrücklich für die geleistete Arbeit an der jeweils jüngsten Ausgabe. Leider gibt es fast keine Leserbriefe mehr.

### Sonstige Kommunikation

Am 20.7. fand die Auftaktveranstaltung zum diesjährigen **Friedensritt** in Münster statt. Thema waren die Rüstungsexporte. Pax christi konnte nicht teilnehmen; wir haben aber die Veranstaltung beworben, Vorschläge zur Öffentlichkeitsarbeit gemacht und ein Grußwort an die Initiative Friedensritt formuliert.

Ernst Dertmann schrieb ein Grußwort zum **Hiroshima-Gedenktag** an die Friedensbewegung in Wien, das auch im Internet veröffentlicht wurde: [www.hiroshima.at](http://www.hiroshima.at)

Zur umstrittenen „**Obsttüttenaktion**“ der deutschen Sektion ergaben sich mehrere kontroverse Gespräche und Briefwechsel. Im Herbst 2012 war die Mehrheit der SprecherInnengruppe noch für die Aktion, jedoch für die Verlagerung des Schwerpunkts auf die Kennzeichnungspflicht für Produkte aus den illegalen israelischen Siedlungen im Westjordanland und weg von dem Appell zum Kaufverzicht. Im Frühjahr 2013 fand sich dagegen eine Mehrheit für die Unterstützung eines Offenen Briefs von Norbert Zonker (pax christi Berlin) mit dem Appell zur Beendigung der Obsttüttenkampagne.

Unser Mitglied Norbert Tillmann ist wegen der Nahostpolitik von pax christi ausgetreten. Veronika Hüning schrieb ihm einen Brief, der von Interessierten gern eingesehen werden kann.

Und natürlich: viele Gespräche, Telefonate, Besuche...

*Münster, 4.10. 2013, Die SprecherInnengruppe*

Hermann Flothkötter / Karl-Heinz Lammerich

## Geschäftsführungsbericht 2012/2013

Liebe Freundinnen und Freunde in der Pax Christi-Bewegung,

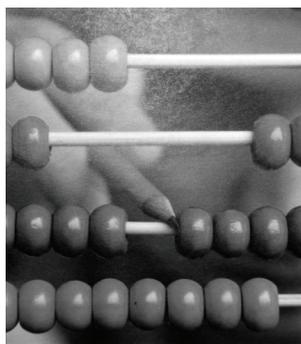
in bewährter Kürze möchten wir hinweisen auf einige relevante und interessante Sachverhalte und Entwicklungen:

### Mitglieder

Die Zahl unserer Mitglieder ging insgesamt um fünf zurück. Damit tragen jetzt 484 die Pax Christi in unserem Bistum.

### Friedensarbeiter-Projekt

Aufgrund der Neuorganisation der Bezuschussungen durch das Bistum Münster entfiel der bisherige Sachkostenzuschuss durch das frühere Referat „Mission-Entwicklung-Frieden“. Für die kommenden Jahre konnten wir einen entsprechenden Ausgleich finden. Das Projekt ist damit wieder für seine gesamte Laufzeit gesichert.



### Das Büro

Unsere Büroräume befinden sich im Breul 23. Im Erdgeschoss (Raum 108) ist die Anlaufstelle zu unserem Friedensarbeiter, im Obergeschoss (Raum 214) die zu Geschäftsführung und Sekretär. Auch das Angebot an Besprechungs- und Tagungsräumen ist hier sehr gut. Daher bedauern wir es sehr, dass uns in wenigen Jahren diese Räume nicht mehr zur Verfügung stehen werden.

Offensiv und konstruktiv durchdachten wir die Möglichkeiten und Chancen einer Beteiligung am Projekt Verbändehaus. Dort finden wir mehr noch als im Breul viele kurze Wege zu Verbänden und weiteren

Initiativen. Auch die enge und gute Nachbarschaft zur CIR und zur kfd bleibt uns erhalten. Die Chancen zu partnerschaftlicher und effektiver Zusammenarbeit gilt es künftig zu nutzen, gerade auch in unserem ur-eigensten Interesse.

Zunächst hatten wir geplant, dort zwei Büroräume zu je 12,5 qm anzumieten. Im Laufe der Projektplanung stellte sich heraus, dass die Mietkosten hierfür den Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten zu sehr übersteigen würden, zumal wir uns auf einen Zeitraum von 15 Jahren vertraglich binden müssen. Daher entschlossen wir uns zur Miete eines Raums von 15 qm.



Nach dem aktuellen Stand der Planungen soll das Haus spätestens zum Herbst 2015 fertiggestellt werden. Dies kann zugleich eine gute Zeitvorgabe sein, die Impulse umzusetzen, über die wir im Rahmen unseres Projektes „Pax Christi voranbringen“ im Berichtszeitraum mehrmals intensiv nachgedacht haben (vgl. dazu den Bericht der SG).

### Die Finanzsituation

Auch der Jahreshaushalt 2012 ist ausgeglichen dank der konsequenten Ausgabendisziplin und der Nutzung von Einsparungsmöglichkeiten, ohne die wir schnell in finanzielle Schwierigkeiten geraten würden.

Alle Anstrengungen richten sich darauf, dass unser Haushalt wie bisher ausgeglichen bleibt. Das sichert die finanzielle Grundlage der Arbeit der Pax Christi für die Zukunft.

Thomas Hoppe

## Entgrenzung der Kriegführung?

Zur Kontroverse um die Anschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr. Vortrag auf der Diözesanversammlung

### I.

Im vergangenen Jahr kündigte Verteidigungsminister *Thomas de Maizière* an, die Anschaffung bewaffneter unbemannter Luftfahrzeuge, sogenannter Drohnen, auch für die Bundeswehr in Erwägung zu ziehen. Seitdem wird darüber gestritten, ob eine solche Entscheidung ratsam oder eher zu vermeiden wäre. Von kirchenamtlicher Seite war auf die Absichtserklärung des Ministers relativ zeitnah und in der Sache durchaus kritisch reagiert worden. Im September 2012 bezog der Vorsitzende der Deutschen Kommission *Justitia et Pax*, Bischof *Stephan Ackermann* (Trier), als erster öffentlich Position. Die entscheidenden Argumente seiner Stellungnahme flossen später in eine Gemeinsame Erklärung zum selben Gegenstand ein, die er zusammen mit seinem Kollegen im Bischofsamt, dem katholischen Militärbischof *Franz-Josef Overbeck* (Essen), Anfang Februar dieses Jahres vorlegte.

Zu Verstimmungen mit dem politischen Bereich kam es vor allem deswegen, weil die zweite Erklärung Einsatzweisen von Drohnen problematisierte, von denen der Minister ausdrücklich erklärt hatte, dass er sie nicht anstrebe: Die Rede ist vom sogenannten *targeted killing*, also von der Nutzung von Drohnen als Waffenträgern zum zielgerichteten und tödlichen Einsatz gegen Personen, denen die Verantwortung für bereits geschehene Terroranschläge bzw. für die Planung und beabsichtigte Ausführung weiterer, in absehbarer Zeit drohender Attentate zugemessen wird. Insbesondere seit der Amtsübernahme der Regierung Obama in den USA wurde diese Form des Vorgehens intensiviert. Sie richtet sich vornehmlich gegen Mitglieder der Taliban in Afghanistan und gegen Angehörige des Al-Qaida-Netzwerkes und ihm assoziierter

Organisationen, mit einer deutlichen Schwerpunktbildung im Süden der Arabischen Halbinsel (Jemen).

Minister *de Maizière* hatte demgegenüber auf eine andere Verwendungsweise bewaffneter Drohnen abgehoben: Sie sollen der intensiven Aufklärung und zeitnahen Bekämpfung von militärischen Zielen mit einem deutlich erhöhten Maß an Präzision dienen. Dadurch soll es möglich werden, die Zerstörungswirkung wesentlich zu verringern, also einen massiven Waffeneinsatz zu vermeiden. Damit verbindet sich zum einen die Hoffnung, ungewollte Schädigungen von Unbeteiligten vermeiden zu können, die erfahrungsgemäß beim Einsatz alternativer Waffenträger – Flugzeuge oder Artillerie – in weitaus geringerem Maße zu verhindern



sind. Diese Waffensysteme wurden auch bisher schon durch Aufklärung mittels unbewaffneter Drohnen unterstützt. Doch konnten ihre inhärenten, technisch bedingten Grenzen, gerade im Hinblick auf die Wahrung der Verhältnismäßigkeit des Waffeneinsatzes, dadurch nicht zureichend

kompensiert werden. Der Minister erwartet sich von der Ausrüstung mit bewaffneten Drohnen jedoch vor allem eine deutliche Verbesserung der Möglichkeiten, die eigene Truppe im Einsatz zu schützen, indem gegnerische Kräfte frühzeitig entdeckt und bekämpft werden können. General a.D. *Klaus Naumann*, ehemaliger Generalinspekteur und danach Vorsitzender des Nato-Militärausschusses, hob in der Süddeutschen Zeitung (28. 6. 2013) explizit die ethische Dimension dieses Sachverhalts hervor: „Der kluge Einsatz von Drohnen erlaubt es, die Verluste an Menschenleben so gering wie möglich zu halten – auch beim Gegner. Gerade wenn



das Ziel eines Einsatzes der gerechte Friede ist und nicht die Vernichtung des Feindes, ist dies ein wichtiger Aspekt.“

In der Gemeinsamen Erklärung der beiden Bischöfe (nicht aber in der ersten Erklärung Ackermanns vom September 2012) hieß es demgegenüber: „Wie ist zu gewährleisten, dass die Grenze zu extralegalen Hinrichtungen und somit zur faktischen Einführung der Todesstrafe im Falle bewaffneter Auseinandersetzungen nicht

überschritten wird? ... Wir wenden uns gegen einen Einsatz von Drohnen als Hinrichtungsinstrumente.“ Gegen diese Unterstellung verwahrten sich die politisch Verantwortlichen, nicht nur auf Seiten des Verteidigungsministeriums, sondern auch etwa in Person des Wehrbeauftragten, *Hellmut Königshaus* (FDP), mit großer Entschiedenheit.

Für eine Bewertung gezielter Drohneneinsätze hat eine im Völkerrecht getroffene Unterscheidung ausschlaggebende Bedeutung, so dass sie

klärend für die Diskussion wirkt: Liegt ein bewaffneter internationaler Konflikt vor und gelten demzufolge die dafür einschlägigen Regeln des Humanitären Völkerrechts, so sind jedenfalls dort, wo die Kampfhandlungen stattfinden, gezielte Angriffe gegen als solche erkennbare gegnerische Kämpfer (Kombattanten) grundsätzlich völkerrechtsgemäß; nur der direkte Angriff auf Nonkombattanten ist ausnahmslos unzulässig. Für nach Völkerrecht erlaubte Angriffe gilt weiterhin, dass jegliches Übermaß verboten, vielmehr die eingesetzte Gewalt auf das zur Erreichung des Zwecks erforderliche Minimum zu beschränken ist. Es geht also nicht nur um die Vermeidung sogenannter Kollateralschäden, vor allem Schädigungen unbeteiligter Zivilpersonen, sondern auch um – im Rahmen des Möglichen – Gewaltminimierung gegenüber den gegnerischen Kombattanten. Der militärisch Verantwortliche muss zudem die Zielsetzungen des Humanitären Völkerrechts ebenso umzusetzen suchen wie den Schutz der ihm anvertrauten Soldaten – er darf letzteres Ziel nicht so anstreben, dass das Gebot der Gewaltminimierung ins Leere läuft. Im nicht-internationalen bewaffneten Konflikt gelten, sofern bewaffnete und organisierte nicht-staatliche Gruppen koordinierte Kampfhandlungen durchführen können, diese Regeln analog. Wo sie eingehalten werden, ist die Klassifizierung gezielter Angriffe als „Hinrichtung“ schlichtweg nicht sachgemäß.

Zur „extralegalen Hinrichtung“ kann jedoch ein Drohneneinsatz schnell außerhalb des eigentlichen Kampfgebietes werden, weil dort nicht die Regeln des Humanitären Völkerrechts, sondern das Recht der allgemeinen Rechtsdurchsetzung, das allgemeine Polizeirecht zur Anwendung kommt. Dieses lässt einen tödlichen Waffeneinsatz nur in Extremfällen zu, in denen es um den unmittelbaren Schutz des Lebens Dritter geht; anderenfalls sind Personen, von denen eine erhebliche Gefahr ausgeht, also auch Terrorverdächtige, festzunehmen und gegebenenfalls vor Gericht zu stellen. Die *Presidential Policy Guidance* der USA vom 22. 5. 2013 schränkt das Spektrum künftig möglicher Drohneneinsätze gegenüber der bisherigen Praxis allerdings in diesem Sinne ein, so dass im Falle ihrer Umsetzung die Zahl der Fälle deutlich abnehmen dürfte, in denen „extralegale Hinrichtungen“ vorgenommen werden. Dennoch ist festzuhalten, dass es dieser Praxis unverändert an rechtsstaatlicher

Kontrolle fehlt. Dies zieht die Glaubwürdigkeit des Anspruchs in Zweifel, der Kampf gegen den Terror geschehe um der Verteidigung des Wertfundaments der westlichen Demokratien willen. Einsätze der beschriebenen Art außerhalb des Kampfgebietes wollte jedenfalls der deutsche Verteidigungsminister gerade ausschließen; so erklärt sich die Heftigkeit der Distanzierung gegenüber dem kirchlicherseits nahegelegten Verdacht.

## II.

Jenseits dieser Kontroverse gelten die nachfolgenden Überlegungen den wichtigsten ethischen, politischen und rechtlichen Problemen, die sich in Bezug auf den Einsatz bewaffneter Drohnen stellen und unter Fachleuten seit längerer Zeit intensiv erörtert werden.

(1) Um an die zuletzt genannte Problematik anzuknüpfen: Die große Mehrheit der Völkerrechtler und im politischen Raum viele Verbündete der USA halten an der Unterscheidung eines Kriegsschauplatzes im herkömmlichen Sinn von Gebieten, die dieser Zone, in der ständig aktive Kampfhandlungen stattfinden, nicht zugehören, fest. Die USA ihrerseits vertreten demgegenüber die Auffassung, dass die Auseinandersetzung mit Kräften wie Al Qaida, die ihnen und wichtigen ihrer Verbündeten den Kampf angesagt haben, grundsätzlich eine weltweite Dimension aufweise. Daher sei es nicht völkerrechtswidrig, sondern Wahrnehmung ihres Selbstverteidigungsrechts, angesichts einer „unmittelbaren Bedrohung“ (*continuous imminent threat*) solche Kräfte auch außerhalb einer aktiven Kampfzone anzugreifen, sofern dies unter Einhaltung der Regeln des humanitären Völkerrechts, wie es in Kriegsgebieten gelte, möglich sei (nicht wenige Völkerrechtler halten diese Interpretation des Selbstverteidigungsrechts für zu weitgehend). Zu denken wäre etwa an Kämpfer in einem Kriegsgebiet, die dieses verlassen haben und in weit entfernten Gegenden neue gewaltsame Aktionen vorbereiten. Militärische Operationen gegen sie setzen voraus, dass die technischen Möglichkeiten zum Waffeneinsatz, wie sie Drohnen bereitstellen, auch an abgelegenen Orten zur Verfügung stehen, an denen herkömmliche, vor allem Luftstreitkräfte nicht ohne weiteres eingesetzt werden können. Umstritten ist in diesem Zusammenhang, wie weit der Staat, auf dessen Territorium der Drohneneinsatz stattfindet, diesem zustimmen muss, um wenigstens

in dieser Hinsicht Legalität herzustellen. Manche Autoren vertreten die Auffassung, dieser Staat verliere zumindest dann sein Souveränitätsrecht, wenn er die Aktivitäten internationaler Terrorgruppen auf seinem Boden wissentlich toleriert oder unterstützt.



Die Drohnentechnologie, so lautet demgegenüber die Kritik, stelle erst die Mittel zu einer immer weiter gehenden „Ausweitung der Kampfzone“, damit einhergehend einer entsprechenden Entgrenzung von Kriegshandlungen, bereit. Auch wenn man der amerikanischen Rechtsauffassung nicht folgt, kommt es bereits infolge der Anwendung ferngesteuerter Drohnen als solcher zu einer Ausweitung des Bereichs, in dem völkerrechtsgemäß Gewalt angewendet werden dürfte: Die Steuerungszentrale und die Bodenstationen des Lenkungssystems für die Drohnen werden zu militärischen Zielen für den Gegner, da deren Einsatz einen kriegerischen Akt darstellt. Insofern ist auch die häufig anzutreffende Behauptung, der Drohnen einsetzende Staat vermeide jedes Risiko für sich bzw. seine Soldaten, nicht ganz zutreffend. Zumindest *de jure* sind die am Waffeneinsatz durch Drohnen Beteiligten ein legales Angriffsziel.

(2) Ein weiteres zentrales Problem nicht nur, aber eben auch im Kontext der Drohnenkriegführung ergibt sich aus der Schwierigkeit, zwischen Kämpfenden und Nichtkämpfenden zu unterscheiden. Diese Statusfrage entscheidet darüber, ob die Anwendung von Gewalt gegen eine Person nach Völkerrecht als legal zu betrachten ist. Gerade in asymmetrischen bewaffneten Konflikten erscheinen häufig Personen, die zu einer bestimmten Zeit im Modus der „unmittelbaren Teilnahme“ an Kämpfen sind, zu anderer Zeit als Zivilisten, die etwa der Feldarbeit nachgehen. Wie soll man sie von gewöhnlichen Bauern unterscheiden? Stehen sie damit unter dem Schutz des Nonkombattantenstatus, so dass trotz ihrer Aktivitäten, die die Auseinandersetzung wesentlich beeinflussen, ein militärischer Einsatz gegen sie unerlaubt wäre? Würden damit die Normen des Humanitären Völkerrechts, deren Sinn es ist, unbeteiligte Zivilpersonen vor den Auswirkungen von Kampfhandlungen zu schützen, nicht von einer Konfliktpartei dazu missbraucht, um unter diesem Schutz relativ risikolos die Rückkehr in die Kombattantenrolle zu planen und vorzubereiten? Wie kann in Situationen wie der beschriebenen eine plausible Abgrenzung vorgenommen werden, die nicht eine der beteiligten Konfliktparteien unangemessen bevorteilt oder benachteiligt?

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz hat versucht, mittels einer Definition wenigstens für die Personengruppe, die Kämpfe kontinuierlich beeinflusst, selbst wenn sie nicht persönlich daran teilnimmt – also z.B. Kommandeure entsprechender Kampfeinheiten – eine rechtliche Situation zu schaffen, die es erlaubt, sie zu jeder Zeit als Kämpfende zu betrachten; es schuf zu diesem Zweck den *continuous combat function legal standard*. Jedoch ist strittig, wie weit dieser im Hinblick auf die tatsächlichen Situationen, in denen er Anwendung finden soll, zu hinreichend trennscharfen und praktisch handhabbaren Abgrenzungskriterien führt. Das Problem der Unterscheidung von Kämpfenden und Nichtkämpfenden hat jedoch nicht nur diese juristische Dimension, sondern es stellen sich weitere praktisch folgenreiche Fragen:

Woher stammen und wie verlässlich sind die Informationen, aufgrund derer Personen angegriffen werden, die als Kämpfer oder in einem weiteren Sinne als *continuous imminent threat* klassifiziert werden, wenn es nicht möglich ist, den entsprechenden Tatsachennachweis in einem

geeigneten, möglichst rechtsstaatlichen Verfahren zu führen? Wie lässt sich verhindern, dass solche Einstufungen nach summarischen politischen Kriterien getroffen werden: „Wer der Organisation X oder Y angehört, der ist ohne eine Einzelfallüberprüfung *per se* als Kämpfer anzusehen und zu behandeln“? Dies liefe auf eine Tötung auf Verdacht hinaus, die zwangsläufig zu einer Erhöhung der Zahl der Personen führen würde, die bei Anlegen eines solch weitgefassten Maßstabes mit ihrer Tötung rechnen müssten. Die sicherzustellende Verlässlichkeit von Informationen erfordert dagegen weit komplexere Methoden, als sie pauschale Klassifikationen aufgrund von Gruppenzugehörigkeiten oder der Einsatz moderner luftgestützter Aufklärungsmittel darstellen, und selbst dann verbleibt oft eine signifikante Marge von Unsicherheit.

In Israel, das sich seit längerem die Möglichkeit vorbehält, des Terrorismus dringend verdächtige oder überführte Personen gezielt zu töten, hat der Oberste Gerichtshof im Jahr 2006 in einem richtungweisenden Urteil die Kriterien präzisiert, die erfüllt sein müssen, bevor solches Handeln erwogen werden darf: An der Identität der Zielpersonen darf kein Zweifel bestehen, es muss eine *ultima-ratio*-Situation vorliegen, in der es konkrete Anschläge zu verhindern gilt (d.h. Festnahme oder andere mildere Mittel sind aufgrund der Umstände keine realisierbare Alternative), nach einem gezielten Angriff hat eine eingehende und unabhängige Untersuchung zu erfolgen und sind für den Fall, dass unbeabsichtigt Unbeteiligte geschädigt wurden, Entschädigungszahlungen zu leisten. Die entscheidenden Fragen, ob eine ins Visier geratene Person überhaupt das beschriebene Gefährdungspotential aufweist und ob keine milderen Mittel, diese Gefährdung zu verringern, in Betracht kommen, werden in jedem Einzelfall in einem mehrstufigen *Cross-Check*-Verfahren zu beantworten versucht. Ebenso wird ein Maximum an Sicherheit dahingehend angestrebt, Opfer unter Unbeteiligten zu vermeiden (was dennoch immer wieder misslingt). Der ehemalige israelische Minister für Innere Sicherheit *Avi Dichter* fragte bereits vor Jahren, ob die USA dieselbe Sorgfalt anwendeten, um sowohl die Zahl wie die ungewollten Schadenswirkungen gezielter Tötungsangriffe zu minimieren.

Um so mehr richten sich solche Anfragen an die bisherige Praxis der USA, sogenannte *signature strikes* durchzuführen, also Angriffe auf ein-

zelne Personen oder Personengruppen auf der Basis von Typisierungen bestimmter Eigenschaften oder Verhaltensmuster. Der Journalist *Andreas Zielcke* formulierte das Problem solcher Angriffe in pointierter Weise (Süddeutsche Zeitung, 22. 11. 2012): „Da kann die falsche Bewegung am falschen Ort mit dem falschen Outfit ausreichen, um die Bordrakete auf sich zu ziehen“. Nach den Kriterien des israelischen Obersten Gerichtshofs läge in solchen Fällen nicht die zu fördernde „wohlbasierte Beweislage“ vor, ein Drohnenangriff mit Tötungsabsicht wäre mithin nicht zu rechtfertigen. Eine Beendigung dieser Art von Angriffen erscheint nicht nur ethisch geboten, sondern auch in juristischer Perspektive (Verbot der unterschiedslosen Kriegführung) und unter politischen Erwägungen, wie sie die neue *Presidential Policy Guidance* (s.o.) tragen.

**(3)** Von Befürwortern der Drohnenkriegführung wird immer wieder darauf hingewiesen, diese habe den Vorteil, dass gerade wegen der Nichtanwesenheit der Bedienmannschaften im Einsatzgebiet irrationale Handlungsantriebe – vor allem Kampfstress und Angst – die zu treffenden Entscheidungen kaum beeinflussen könnten. Zudem schaffe ihnen die per Videokamera überschaubare Einsatzsituation eine unvergleichlich bessere Grundlage für die Situationsbeurteilung, als es einem Beobachter vor Ort möglich wäre, der stets nur einen Ausschnitt des Gesamtgeschehens wahrnehmen könne. Hiergegen erheben Psychologen allerdings einen Einwand, der diese Perspektive stark relativiert: In Experimenten sehe man, dass das Dazwischentreten eines Mediums (hier: der Kameras der Drohne, über die allein eine Sicht auf die Situation vor Ort möglich wird) mehr Fehlentscheidungen der Probanden zur Folge hat, als wenn sie selbst in der Situation anwesend wären. Die Selektivität, mit der auch Kamerabilder das aktuelle Geschehen nur sichtbar machen könnten, erhöhe das Risiko falscher Lagebeurteilungen, insbesondere hinsichtlich von Kollateralschäden. Die räumliche Distanz vom Einsatzort bringt offenbar nicht ohne weiteres eine Erhöhung der Wahrscheinlichkeit sachgerechter Entscheidungen mit sich. Und auch solche „Drohnenpiloten“, nicht nur Soldaten, die aus Kriegsgebieten heimkehren und durch das von ihnen erlebte Kampfgeschehen traumatisiert sind, können nach einiger Zeit deutlich die Symptomatik einer Posttraumatischen Belastungsstörung ausbilden. Dass diese als psychische Folgewirkung der von ihnen ausge-

fürten tödlichen Angriffe zu interpretieren ist, legen klinische Befunde aus den USA nahe, über die bereits seit einiger Zeit berichtet wird.

**(4)** Mit dem Voranstehenden in engem Zusammenhang steht eine Entwicklung, die wesentlich von der zentralen Eigenschaft von bewaffneten Drohnen herrührt, letzten Endes nur zwei Entscheidungen möglich zu machen: Diejenige zum tödlichen Einsatz dieser Waffen oder zur Beendigung der Operation, ohne sie einsetzen. Weitere, differenziertere Handlungsoptionen stellt diese Technologie nicht zur Verfügung, wenn man von ihrer Aufklärungsfunktion hinsichtlich der militärischen Situation absieht. Will man den Einsatz tödender Gewalt vermeiden, weil es möglich und nach geltendem Recht auch geboten ist, die Zielperson festzunehmen, bedarf es dafür des Einsatzes eigener Truppen im Kampfgebiet, mit den damit einhergehenden Risiken für die Soldaten. Dieses Risiko entfällt, wenn die technisch gegebene Möglichkeit genutzt wird, statt der Festnahme doch von den tödlichen Waffen Gebrauch zu machen, die die Drohne mit sich führt. Wird diese Versuchung nicht übermächtig groß, so dass im Ergebnis die Zahl der durch Drohnenangriffe Getöteten weit über das Maß hinaus anwächst, das ihr eine am ethischen Ziel der Gewaltminimierung orientierte Strategie vorgeben müsste?

Natürlich kann man argumentieren, in dieser Situation befinde man sich, seit es Abstandswaffen gebe, die aus großer Entfernung ins Ziel gebracht werden könnten. Damit aber ist keine adäquate Antwort auf das – ethische wie psychologische – Problem gegeben, dass die Einsatzschwelle sinkt, zumal die aktuell vorhandene Fähigkeit zur Empathie gegenüber den Angegriffenen mit zunehmender Entfernung vom Ort des Geschehens abnimmt. Es gibt aus anderen Kontexten zahlreiche Beispiele dafür, dass in kritischen Situationen der Schutz der eigenen Soldaten *de facto* allen anderen einschlägigen Normen übergeordnet wird, einschließlich der Normen des humanitären Völkerrechts. In dieser Logik ist auch mit Drohneneinsätzen selbst dann zu rechnen, wenn Alternativen möglich, ja geboten wären.

**(5)** Insbesondere im Blick auf gezielte Tötungen von Personen, die nicht in einer aktuellen Kampfsituation angetroffen werden, diese aufgrund ihrer Kommandogewalt aber wesentlich beeinflussen, wird darauf hin-

gewiesen, dass dieses Vorgehen selbst im Fall seiner völkerrechtlichen Legalität sehr negative psychologisch und politische Wirkungen entfaltet. Wenn im Prinzip jederzeit an jedem Ort mit solchen Einsätzen zu rechnen ist, bilden sich nicht nur ein Klima ständiger Furcht und daraus resultierende Traumatisierungen heraus. Es entsteht auch ein starkes kollektives Ressentiment in der Bevölkerung gegen diese Art der technisch weit überlegenen Kampfführung, gegen die sich zu wehren praktisch unmöglich ist. Dies gilt um so mehr, wenn Unbeteiligte dadurch mit geschädigt oder sogar getötet werden, womit erfahrungsgemäß selbst dann zu rechnen ist, wenn große Sorgfalt darauf verwendet wird, dass es nicht geschieht: Die Getöteten werden zu Märtyrern stilisiert, auch wenn dafür angesichts ihrer bisherigen Handlungsweisen kein Anlass besteht. Der Auseinandersetzung wird zudem eine Deutung unterlegt, die ihre Eskalation fördert, etwa indem Drohneneinsätze mit zivilen Opfern als Beleg dafür ausgegeben werden, dass „der Westen“ Krieg gegen „den Islam“ führe. Die politisch-strategischen Folgen einer bestimmten, unter militärisch-taktischen Gesichtspunkten erfolgreichen Form des Waffeneinsatzes können daher kontraproduktiv sein, indem diese ein starkes Motiv dafür schaffen, den asymmetrisch ausgetragenen Kampf gegen die für den Drohnenkrieg verantwortliche Seite noch zu forcieren. Dadurch finden sich letztlich immer mehr Menschen bereit, beispielsweise Terroranschläge gegen Einrichtungen und Personen durchzuführen, die als Repräsentanten dieser Seite betrachtet werden.

(6) Ein Blick auf die Entwicklung bewaffneter Drohnen weltweit nährt Befürchtungen, dass es in absehbarer Zukunft zu einer Rüstungsdynamik in diesem Bereich kommen könnte, weil die damit verbundenen waffentechnischen Möglichkeiten einer Reihe von Staaten, die bisher keine Drohnen besaßen, außerordentlich attraktiv erscheinen dürften. In einschlägigen Berichten wird dargelegt, dass China, die Vereinigten Arabischen Emirate, die Türkei, Nordkorea, Indien, Pakistan und Südafrika an der Verfügung über Drohnen und ihre Technologie in besonderem Maß interessiert seien. Mindestens ebenso besorgniserregend ist der Gedanke einer ungehinderten Weitergabe von Drohnentechnologie an gewaltbereite Akteure nichtstaatlicher Herkunft, zumal

die relative Überschaubarkeit und Berechenbarkeit der Waffenwirkungen gerade terroristischen Absichten erheblich entgegen kommt.

(7) Nur scheinbar ein Gegenstand erst künftiger Entwicklungen von Drohnentechnologie ist der Trend zu einer immer weiter gehenden Automatisierung dieser Systeme, bis zu einem Punkt, an dem nicht von Menschen, sondern von Computerprogrammen über den Einsatz



tödlicher Waffen entschieden wird. Die Befürworter der Beschaffung von bewaffneten Drohnen betonen zwar so oft wie möglich, dass sie es ablehnten, diese Verantwortung aus der Hand des die Drohne steuernden Menschen zu nehmen und einer Maschine zu übergeben. Die Frage ist jedoch, ob und wie weit sich, ist man erst einmal in die Beschaffung von Kampfdrohnen eingestiegen, solche Entwicklungsprozesse verhindern oder wenigstens hemmen lassen. Sie könnten immer mehr darauf hinauslaufen, eine Situation zu verwirklichen, in der der Mensch nur noch unter Handlungsoptionen zu wählen bzw. diese zu bestätigen vermag, welche

die computergesteuerte Kampfmaschine ihm vorschlägt. Zu befürchten ist also, dass aufgrund der „Pfadabhängigkeit“ der technischen Weiterentwicklung eigenständige ethische Überlegungen, die von Menschen zu verantwortenden Entscheidungen zugrunde zu legen wären, kaum mehr zum Tragen kommen können. Gerade wenn das Anforderungsprofil, das Drohnen im Einsatz erfüllen sollen, anspruchsvoller wird, werden immense Datenmengen zu verarbeiten und viele Einzelentscheidungen in so kurzer Zeit zu treffen sein, dass kaum mehr Spielräume für menschliches Eingreifen verbleiben; die Menschen gegebenen Reaktions- und Reflexionsfähigkeiten bleiben hinter dem zurück, was in komplexen, sich schnell verändernden Situationsumständen erforderlich wird. Im selben Maße wächst dann aber auch das Risiko technisch bedingter, in ihren Auswirkungen verhängnisvoller Fehlentscheidungen automatisierter Systeme, die nicht zuletzt zu ungewollten Eskalationen des Kampfgeschehens führen können. Die damit verbundenen Konsequenzen würden zwar bestimmten menschlichen Akteuren zugerechnet, konkret von ihnen aber nicht mehr verantwortet, weil es ihnen an den objektiven Möglichkeiten fehlen würde, solche Abläufe zu verhindern.

### III.

Wie deutlich wurde, hängen die Bedenken gegen eine Anschaffung bewaffneter Drohnen nur zu einem Teil mit der Frage gezielter Tötungen außerhalb aktiver Kampfzonen in bewaffneten Konflikten zusammen. Die Problematik dieser Art von Waffen reicht weit über diesen Aspekt hinaus. Wie steht es um die Möglichkeiten, durch eine Weiterentwicklung des internationalen Rechts, besonders des Humanitären Völkerrechts, oder durch Rüstungskontrollverträge die Entwicklungs- und Beschaffungsdynamik bei Kampfdrohnen einzudämmen?

Die Einhegung von waffentechnischen Entwicklungen durch politische Absprachen bzw. juristische Kodifikationen hat erfahrungsgemäß nur dort eine Chance, wo das Interesse der Partner am Abschluss solcher Übereinkünfte das gegenläufige Interesse überwiegt, keine Bindungen durch Absprachen einzugehen, um das sich abzeichnende Potential der neuen Technologien in vollem Umfang nutzen zu können. So dienen die

großen rüstungskontrollpolitischen Vertragswerke auf dem Gebiet der Nuklearwaffen der Begrenzung der eminenten Risiken, die mit dieser Art von Bewaffnung einhergehen, sie lagen also im ureigenen Interesse jeder dieser Mächte. Von dem mit der Weiterentwicklung von Drohnen voraussichtlich verbundenen Potential versprechen sich jedoch alle Aspiranten auf die Nutzung dieser Technologie so viele Vorteile, dass im Moment nicht zu erkennen ist, wie es in absehbarer Zeit zu einem Vertrag kommen könnte, der den Zugriff auf sie begrenzen würde. Ein Teil der Abgeordneten des Deutschen Bundestages plädiert zwar dafür, dass Deutschland auf die Entwicklung, Beschaffung und Nutzung von Kampfdrohnen verzichten und sich darüber hinaus für eine weltweite Ächtung solcher Kampfmittel einsetzen sollte. Von friedenswissenschaftlicher Seite wird diese Position teilweise und dann zumindest so weit unterstützt, dass man sich für ein internationales Verbot automatisierter Kampfdrohnen ausspricht, die die Entscheidung über einen Waffeneinsatz letztlich der menschlichen Verantwortung entwinden. Viele Experten sind jedoch skeptisch, ob diese Vorstöße politisch auf hinreichende Resonanz stoßen dürften, um realisierbar zu werden. Als Alternative zu vertraglichen Absprachen wurden „nationale Moratorien“ vorgeschlagen, die bis auf weiteres sicherstellen sollen, dass ein Staat sich bestimmte, ethisch wie völkerrechtlich besonders prekäre Fähigkeiten der Drohnenkriegsführung nicht aneignet. Solche Moratorien wären jedoch nichts anderes als „freiwillige Selbstverpflichtungen“, von deren mangelnder Verlässlichkeit man vor allem im Bereich der Ökonomie seit geraumer Zeit Kenntnis hat.

Auch für eine Verschärfung der humanitären Schutzregeln des internationalen Rechts, etwa was die Unterscheidung von Kämpfern und Zivilpersonen angeht, scheinen die Aussichten sehr gering. Gerade die technologisch unterlegene Seite, die also nicht über die Option der Drohnenkriegsführung verfügt, will alle Möglichkeiten asymmetrischer Kampfführung offen halten, wobei ihr die oben beschriebenen Schwierigkeiten, die genannte Unterscheidung durchzuhalten, entgegen kommen. Am ehesten erfolgsträchtig dürften die von verschiedenen Seiten unternommenen Versuche sein, auf die Einstellung von Praktiken hinzu-

wirken, die mindestens in dem Verdacht stehen, den seit langem bereits geltenden Standards des Humanitären Völkerrechts zuwiderzulaufen. In einem einschlägigen Report der renommierten *International Crisis Group* (ICG) vom Mai dieses Jahres („*Drones: Myths and Reality in Pakistan*“) wurden in diesem Kontext vor allem die bereits erwähnten *signature strikes* genannt. Die ICG drängt darauf, dass Staaten, die Kampfdrohnen einsetzen, Transparenz über ihre Entscheidungsregeln, die Kriterien ihrer Zielauswahl und die Regeln ihrer Abwägung bei absehbaren zivilen Kollateralschäden herstellen.

Für die katholischen Bischöfe der USA wandte sich der Vorsitzende des *Committee on International Justice and Peace*, Bischof *Richard E. Pates* (Des Moines), am 17. Mai dieses Jahres zugleich an den Sicherheitsberater Präsident *Obamas*, *Thomas Donilon*, und an wichtige Mitglieder des Kongresses. Er brachte die Bedenken der Bischöfe gegenüber der Drohnenkriegführung im Kontext der Terrorismusbekämpfung zum Ausdruck und rief die ethischen Grenzen ins Bewusstsein, die jeder Anwendung von Gewalt, auch zum Zweck legitimer Verteidigung, gezogen sind. Dabei betonte er, dass man bei der Prüfung, ob die angewendeten Antiterrormaßnahmen dem Verhältnismäßigkeitsgebot entsprächen, die vielen nichtmilitärischen Handlungsmöglichkeiten zur Bekämpfung von Terrorismus mit zu betrachten habe: Ökonomische, politische und diplomatische Optionen, die dazu geeignet sind, die Ursachen zu bekämpfen, aus denen immer wieder terroristische Gewalt erwächst. Der Frage nach dem Fortbestehen vielfältiger Ungerechtigkeiten, die durchaus zu korrigieren seien und zugleich zu den zentralen Wurzelgründen terroristischer Aktivitäten bzw. ihrer Begünstigung gehörten, maß er besondere Bedeutung bei. Ganz ähnlich hatten die deutschen Bischöfe im September 2011 argumentiert, als sie ein gemeinsames Positionspapier zu den ethischen Aspekten der Terrorbekämpfung vorlegten.

Den komplexen Fragen, die sich bei einer ethischen Beurteilung der Drohnenproblematik stellen, kann und darf man sich zwar durch den Hinweis auf diese tiefer liegende Dimension des Phänomens organisierter, besonders terroristischer Gewalt nicht entziehen. Doch es gilt auch umgekehrt, dass noch so ausgefeilte militärische Technologien

keinen Ersatz für politische Versäumnisse darstellen können, die auf die Hinnahme von Ungerechtigkeiten der beschriebenen Art, vor Ort wie im Weltmaßstab, hinauslaufen. Daran zu erinnern, hat neuerdings wieder eine Chance auf unerwartetes Gehör, seit *Papst Franziskus* in Lampedusa verdeutlicht hat, wie konkret der Auftrag zur politischen Konfliktursachenbekämpfung verstanden werden kann – und muss.

*Thomas Hoppe ist Professor für katholische Theologie unter besonderer Berücksichtigung der Sozialwissenschaften und der Sozialethik an der Helmut-Schmidt Universität in Hamburg*

## Resolution zu den Flüchtlingsdramen vor Lampedusa

*Auf der diesjährigen Diözesanversammlung der internationalen katholischen Friedensbewegung PAX CHRISTI im Bistum Münster beschlossen die Mitglieder einstimmig folgende Resolution:*

*Die Flüchtlingsdramen vor Lampedusa zeigen: Eine Politik, die den Kontinent zur Festung gegen Migranten macht, gehört nicht zu einem wünschenswerten Europa*

### Wir klagen an:

Es ist die größte Flüchtlingstragödie bisher, die sich am 3. Oktober an der Außengrenze der EU ereignet hat: Mehr als 360 Menschen ertranken im Mittelmeer, eine Seemeile von der rettenden Küste der Insel Lampedusa entfernt, also in italienischen Hoheitsgewässern. Papst Franziskus und Italiens Staatspräsident Giorgio Napolitano werteten das Drama als „Schande“. Es ist eine Schande, dass in Italien – unter Berlusconi – ein Gesetz verabschiedet wurde, das Flüchtlinge als Kriminelle behandelt und das noch immer in Kraft ist. Legal einreisen kann nur, wer einen Arbeitsvertrag hat; ein Arbeitsvertrag aber setzt eine gültige Aufenthaltsgenehmigung voraus. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres sind 3648 Menschen in Lampedusa gestrandet. Just am Vortag der Tragödie Anfang Oktober hat der Migrationsausschuss der Parlamentarischen Versammlung des Europarats einen Berichtsentwurf verfasst: Darin wird die Regierung in Rom aufgefordert sicher zu stellen, dass Einwanderer nach Italien nicht in andere Europaratsländer weiterziehen können. Italien und vor allem das noch stärker betroffene und verarmte Griechenland sind Länder mit EU-Außengrenzen und Nähe zu Konfliktherden. Es ist eine europäische Schande, dass sie mit ihren Problemen alleingelassen werden. Die Reaktion der europäischen Union auf die Problematik ist zynisch und zutiefst inhuman, erschreckend und abstoßend. Das neu beschlossene technisch hoch gerüstete Grenzüberwachungssystem

„Eurosur“ dient zum weiteren Ausbau der „Festung Europa“ und nimmt weitere Opfer in Kauf.



### Wir trauern

um die Toten, die auf der berechtigten Suche nach einem besseren und sicheren Leben waren.

### Wir halten fest:

Europa ist ein Einwanderungskontinent wie andere Kontinente auch. Es darf keine Festung gegen Menschen sein. Es muss Leben schützen und Flüchtlingen Gehör schenken, wie es Bundespräsident Gauck gefordert hat. Das sind wesentliche Grundlagen unserer Rechts- und Werteordnung.

Wir wissen, dass es keine endgültig befriedigenden Lösungen gibt, solange die Kluft zwischen Arm und Reich so groß ist und solange Gewalt und Unterdrückung Menschen aus ihrer Heimat treiben. Aber die „Festung Europa“ ist auch keine Lösung; Europa lässt sich nicht abschotten.

Die Flüchtlinge, die vor Lampedusa ertrunken sind, kamen fast alle aus Somalia und Eritrea. Somalia ist vom Krieg zerstört, in Eritrea herrscht

eine Diktatur. Das sind gute Fluchtgründe und die andere Seite der Globalisierung; Menschen ziehen dahin, wo sie sich ein Überleben und eine bessere Zukunft versprechen. Auch Deutschland wird mehr Flüchtlinge aufnehmen müssen. Die Ängste der Bürger vor den Ausländern, den Fremden müssen ernst genommen werden, aber sie stehen in keinem Verhältnis zu den Ängsten der Menschen, die die Fahrt über das Mittelmeer wagen – immer mit dem Risiko, von diesem verschlungen zu werden.



### Wir fordern:

1. Die EU-Verordnung „Dublin 2“ muss abgeschafft werden. Nach diesem Reglement muss der EU-Staat, auf dessen Territorium ein Flüchtling zuerst seinen Fuß setzt, klären, ob dieser asylberechtigt ist.
2. Europa braucht ein legales Einwanderungssystem wie andere Einwanderungsregionen dieser Erde, z.B. Kanada oder Australien.
3. Die Flüchtlinge müssen auf die EU-Staaten gerecht verteilt werden. Kriterium der Gerechtigkeit könnten Einwohnerzahl und wirtschaft-

liche Stärke eines Staates sein. Der Ausbau der „Festung Europa“ ist keine Lösung. Daher müssen neue Kontingentierungen, die Einführung von Greencards und Sonderregelungen für Krisensituationen (siehe Syrien) beschlossen werden. Vor allem die Bundesregierung muss ihre Blockadehaltung gegen eine größere Verantwortung für die Flüchtlingsaufnahme aufgeben.

4. Das Thema Flüchtlingspolitik muss auf die Tagesordnung der anstehenden Koalitionsverhandlungen gesetzt werden.
5. Im anstehenden Europawahlkampf muss die Flüchtlingspolitik erstes Thema sein.
6. Flüchtlinge aus Kriegsgebieten sollten direkt bei europäischen Institutionen in Libyen, Syrien oder Ägypten einen Aufnahmeantrag stellen können. Zumindest müssten sich Flüchtlinge dann nicht mehr kriminellen Schleppern für eine potenziell tödliche Fahrt übers Mittelmeer anvertrauen.
7. Die Kirchen und Klöster in unserem Bistum sollten leer stehende Räume oder teilweise leer stehende Gebäude den Flüchtlingen als Unterkunft zur Verfügung stellen.
8. Alle Bürger sind aufgefordert, zu einer „Willkommenskultur“ beizutragen, gerade auch wir Christinnen und Christen. Manch einer könnte nicht vermietete Zweithäuser bzw. Zweitwohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung stellen.

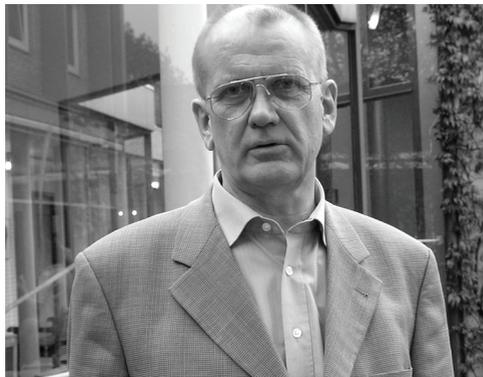
Joachim Garstecki

## Geknicktes Rohr, glimmender Docht und andere Unvollkommenheiten. Biblische Bilder und die alltägliche Friedensarbeit.

Predigt beim 17. Politischen Nachtgebet von Pax Christi in Münster am 22. November 2013, Münster, Petrikerche

Liebe Freundinnen und Freunde von Pax Christi,  
liebe Menschen auf dem Weg des Friedens, liebe Gäste!

Was für ein Text! Aus biblisch-archaischen Zeiten, mehr als 2.500 Jahre nach seiner Entstehung, dringt er heute Abend an unser Ohr. Von



sehr weit her und fremd anmutend, andererseits so aktuell, als wäre er gerade erst aufgeschrieben. JHWH, der Gott Jakobs/Israels, präsentiert der Öffentlichkeit seinen „Knecht“, den „ebed JHWH“. „Seht hin“, lässt er durch seinen Propheten Deuterocesaja vermelden, so sieht mein Erwählter aus, mein Gesegneter, mein Gewährsmann - den sollt ihr

ernstnehmen, wenn ihr mich ernstnehmt als euren Gott. Wir machen uns in diesem Politischen Nachtgebet auf, den Spuren dieser Proklamation JHWHs zu folgen. Und zu fragen, welches Licht von ihr in unsere eigenen Dunkelheiten fällt.

Aber zuvor müssen wir ein wenig mehr wissen über die geschichtliche Situation, in die dieser Text hineinspricht.

Die Kapitel 40 bis 55 des Jesaja-Buches bilden eine dramatische Komposition, die das Gericht JHWHs über „die Völker“ um Israel herum und über ihre nichts-nützigen Götter ansagt. Im Gegenzug bedeutet dieses Gericht die erneute Zuwendung JHWHs zu seinem Volk Israel im babylonischen Exil, die schließlich in die Rückführung der Judäer in die Heimat Zion/Jerusalem einmündet. Unser Text wird einem (oder mehreren) Verfassern zugeschrieben, die von der Forschung als *Deuterocesaja* („der zweite Jesaja“) bezeichnet werden. Sie leben mit den Judäern im Exil



in Babylon. Diese Exilszeit - das Trauma des Volkes Israel - beginnt 587 mit der Zerstörung des Tempels in Jerusalem durch den babylonischen König Nebukadnezar und endet mit der Rückkehr von Israel um 521 nach Jerusalem.

Die Wende kommt im Jahr 539, als der Perserkönig Kyros Babylon erobert und dessen Herrschaft zu Nichte macht. Da spüren die Israeliten den Wind der Befreiung. Das ist die Stunde des Propheten.

Wie interpretiert der Prophet Deuterocesaja diese neue Situation?

Er nimmt sie zum Anlass für eine geniale geschichtstheologische Konstruktion: Deuterocesaja sieht im Sieg des Kyros über Babel den Sieg JHWHs über „die Völker“. Hinter dem Siegeszug des Perser-Königs, erst Kyros, dann Darius, ist in Wahrheit JHWH, der „König Jakobs“ (Jes 41, 21) am Werk. Der Prophet versteht Kyros als Personifikation der Heilszusage JHWHs an sein Volk Jakob/Israel. So ähnlich haben wir in der DDR Ende der 80er Jahre Gorbatschow gesehen, der mit „Glasnost“ und Perestroika“ das verkrustete System des „real-existierenden Sozialismus“ aufbrach und das Ende der DDR beschleunigte. Wir landeten

zwar nicht im „gelobten Land“. Aber selten haben wir den 126. Psalm „Als der Herr führte heim die Gefangenen Zions, da waren wir wie Träumende...“ mit so viel innerer Beteiligung gebetet und gesungen wie in den Wochen und Monaten der sogenannten „Wende“ im Herbst 1989.



Vor dem geschichtstheologischen Hintergrund - JHWH erweist sich im Sieg des Kyros über Babel als Retter seines Volkes Israel - setzt Deuterocesaja den „ebed JHWH“, den „Knecht JHWHs“ und seine Beauftragung in Szene.

Aber wer ist dieser Knecht? Eine bestimmte Person, eine Gestalt aus Israels Geschichte, oder das Volk Israel selbst? Wir wissen es nicht. Das lässt für die Auslegung viele Möglichkeiten offen. Die „Bibel in gerechter Sprache“ (2006) wählt die geschlechts-neutrale Form: „Schaut, diesen *Menschen* in meinen Dienst: an dieser *Person* halte ich fest...“. Das klingt nicht sehr elegant. Aber es vermeidet eine katholische Irritation, die entsteht, wenn wir, gender-gerecht, „den Knecht“ durch „die

*Magd*“ ersetzen: „Seht, *meine Magd*, an der meine Seele Gefallen hat...“. Da denken wir unweigerlich an „Marie, die reine Magd“ - und sind nicht mehr auf der Spur des Propheten. Schließlich die alle Deutungen überlagernde und bis heute dominierende christliche Deutung, die im „leidenden Gottesknecht“ (Jes 53) prototypisch den *Jesus von Nazareth* des Neuen Testamentes sieht. Diese Deutung interpretiert die vier Gottesknechtlieder (Jes 42,1-4; 49,1-6, 50,4-9; 52,13 – 53,12) von Jesus her und auf ihn hin. Damit wird Deuterocesaja zum „Evangelisten des Alten Testamentes“. Ich beschränke mich auf das, was der Text selbst sagt.

### **(1) Der Gottesknecht repräsentiert einen anderen Gott. Er zeigt uns, wie Gott in dieser Welt anwesend sein will.**

„Seht, mein Knecht, ich stütze ihn, mein Erwählter; Gefallen hat an ihm meine Seele. Ich habe meinen Geist auf ihn gelegt, Recht zu den Nationen führt er hinaus“ (V. 42,1). Schaut genau hin, sagt JHWH, ich will euch mit meinem Knecht bekannt machen. So beginnt der Hymnus Jes 42, 1-4, das erste Gottesknechtlied. Wer wissen will, was das für ein Gott ist, der in der Not des Exils rettend und befreiend an seinem Volk Israel handelt, der muss auf den „ebed JHWH“ schauen, auf den „Knecht“ JHWHs. Da wird die dramatische Erzählung Deuterocesajas über die Auseinandersetzung JHWHs mit den nichts-nutzigen Göttern unvermutet unterbrochen. Es folgt eine der schönsten und sanftesten literarischen Interventionen, die das wilde Alte Testament kennt. Ihr anonymen Verfasser aus der spät-exilischen Propheten-Kommune des Deuterocesaja hat mit diesem Hymnus zweierlei im Sinn: Er will die Einzigartigkeit JHWHs demonstrieren. Aber er will vor allem die völlige Andersartigkeit JHWHs sichtbar machen an seinem Vertrauten, dem „Knecht“. Der Prophet stellt uns im ersten Gottesknechtlied einen anderen Gott vor Augen, anders als alle Götter und Götzen ringsum.

Wie zeigt sich JHWH in dieser neuen Welt, im Übergang vom Exil in die Normalität, seinem Volk und den Völkern? Das erkennen wir an JHWHs „Knecht“, seinem engsten Vertrauten, seinem Gewährsmann. Im Alten Orient ist der „Knecht“ eines Herrschers keiner aus der letzten

Reihe des Hofgesindes, sondern sein engster Vertrauter, sein „alter ego“ gewissermaßen. Bei Deuterjesaja verkörpert „der Knecht“ eine neue, völlig andere, vor allem andersartige Gegenwart Gottes in dieser Welt. Sie ist mit einem Anspruch, JHWHs an den „Knecht“ verknüpft: „*Recht zu den Nationen führt er hinaus*“

(V. 1d) - eine nicht ganz leicht zu deutende Aussage. Dreimal kommt das Motiv, der Knecht JHWHs führe das Recht „*hinaus zu den Völkern*“ in diesem Hymnus vor. Der Knecht soll es richten. Er ist dazu gesandt,



JHWHs gerechte Welt- und Geschichtslenkung bekannt zu machen und durchzusetzen. Aber eben nicht mit militärischer Macht, nicht mit politischem Imponiergehabe, nicht mit dem „Recht des Stärkeren“. Vielmehr so, dass sich das gerechte Recht JHWHs

vor aller Welt als die bessere Weltregierung erweist, weil sie gelten lässt, was ist. Dazu autorisiert JHWH seinen Knecht, und „*auf seine Weisung warten die Inseln*“ (V. 4c).

Dann erst folgen die Verse 2 und 3, die das Andere, Besondere an der Sendung von JHWHs Knecht beschreiben: „*Nicht schreit er und nicht erhebt er und nicht lässt er hören draußen seine Stimme. Ein geknicktes Rohr zerbricht er nicht und einen glimmenden Docht löscht er nicht aus, gewiss führt er hinaus das Recht*“ (V. 2a - 3c). Martin Luther übersetzt: „*In Treue trägt er das Recht hinaus*“.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, diese beiden Verse aus dem ersten der „ebed JHWH“-Lieder stehen in diesem Politischen Nachtgebet im Mittelpunkt. Sie zeigen uns den so anderen Gott des Volkes Israel - und sie zeigen uns den bescheidenen Zustand unserer Welt, in die JHWHs

Knecht geschickt wird: geknicktes Rohr, glimmender Docht. Die totale Andersartigkeit Gottes und die ziemlich erbärmliche Diesseitigkeit der Welt stoßen aufeinander. Das sind die beiden Pole unseres Nachdenkens.

Deuterjesaja hätte den Aufbruch Israels aus dem Exil als triumphale Heimkehr nach Zion/Jerusalem ausmalen können. Er hätte die Propheten jener Götter, die zu nichts nütze sind, damit ungemein beeindruckt. Er tut es nicht. JHWH zieht den Weg der Bescheidenheit vor. Sein Knecht kommt ohne die laute, öffentliche Proklamation auf den Straßen und Plätzen aus. Er schreit nicht rum, er ist kein Besserwisser, er braucht keine „Abteilung Agitation und Propaganda“. Eine Gestalt der leisen Töne, die Großes ankündigt, aber nicht an die große Glocke hängt. Die eine „Kultur der Bescheidenheit“ praktiziert, ohne an ihrem Auftrag, das Recht „*zu den Nationen hinaus zu führen*“, den geringsten Zweifel zu lassen.

Warum schlägt der Prophet hier so sanfte Töne an? Er hat erkannt, dass das Volk Israel nach seinem Exil in Babel keine politische Mission mehr hat. Die Chance, in den Auseinandersetzungen zwischen Babylon und Persien als ebenbürtiger Partner mitzumischen, ist vorbei. In der Tat - der kleine kümmerliche Haufen der Rückkehrer von Babel nach Zion lässt Großmachts-Phantasien nicht zu. Kein Einzug nach Jerusalem mit „Sieg Heil!“, mit Pauken und Trompeten. Stattdessen: Achtsamkeit für das geknickte Rohr am Wege, Respekt für den glimmenden Docht in der Hand. Das, was schwach, unfertig, vorläufig und unvollkommen ist, was beschädigt, fragil und „prekär“ darniederliegt, findet Beachtung in den Augen des Knechtes. Er sieht nicht darüber hinweg. Der Schwache wird nicht beiseitegeschoben und in den Staub getreten, die, deren Lebenslicht gerade noch flackert, wird nicht aus dem Weg geräumt und „ausgelöscht“.

Der Knecht nimmt die Wirklichkeit der Welt an, wie sie ist, und nicht wie Potentaten, Diktatoren und Würdenträger sie gerne hätten. Sein Vorgehen macht sichtbar, dass die Rechtsordnung JHWHs zu ihrer Durchsetzung keine Gewalt braucht. Sie respektiert das Unvollkommene, das Fragile, das Vorläufige als Signatur der Diesseitigkeit der Welt. JHWHs Recht verwirklicht sich mitten in der Banalität der Dinge; es kommt an sein Ziel ohne vorheriges Großreinemachen. Er will als ein menschenfreundlicher

Gott in dieser Welt anwesend sein. Ich lese den Hymnus Jesaja 42, 1-4 als ein leises, eindringliches, aber eindeutiges Zeugnis der Gewaltfreiheit JHWHs im Umgang mit seinem Volk, mit „den Nationen“, mit „den Inseln“, die die Ränder der Welt bezeichnen. Sein „Knecht“ soll zeigen, wie Gott in dieser Welt anwesend sein will.

## **(2) Der Gottesknecht nimmt die Unvollkommenheiten der Welt an, einschließlich unserer eigenen.**

Reden wir also von diesseitigen Dingen. Zum Beispiel davon, was geschieht, wenn Menschen, Frauen und Männer, die bestehenden Verhältnisse ein Stück weit näher an das Ziel eines menschenwürdigen Zusammenlebens, an die große Vision gerechten Frieden heranbringen wollen. Reden wir also von der Not und dem Elend real-existierender Friedensarbeit in Pax Christi also.

Nicht dass wir als Friedensbewegung in Kirche und Gesellschaft nur Niederlagen und Verluste einfahren würden, das nicht. Aber, wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben: unsere Friedensarbeit ist immer Baustelle, wir bewegen uns im Experimentierstadium, im Vorläufigen, Halbfertigen, im Angefochtenen, Unvollendeten. Wann haben wir jemals zu „den Siegern“ gehört? Für die fromme Bürgerkirche sind wir Störenfriede, Schmutzkinder, Besserwisser. Der Anfang von Jes 42 ist ein Text, der zu unserer alltäglichen Friedensarbeit mit ihren Schwächen und Unzulänglichkeiten, mit ihren von außen auferlegten Beschränkungen und Grenzen, mit ihren unendlichen Wiederholungen und Neuanfängen ziemlich gut passt. Er zeigt, dass „geknicktes Rohr“ und „glimmender Docht“ kein Ausnahmezustand sind. Es sind Bilder, die den normalen Modus von Friedensarbeit widerspiegeln. Dazu zwei Beispiele.

Im Herbst und Winter 1981/82 verschärften die DDR-Behörden ihre Repression gegen Jugendliche, die das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ (Mi 4,3; Jes 2,4) am Revers ihrer Jacken oder aufgenäht auf ihren Anorak-Ärmeln trugen. Das Symbol war aus der Friedensdekade der evangelischen Kirchen im November 1981 in die DDR-Öffentlichkeit ausgewandert und hatte sich, o Wunder, in Windeseile ganz von alleine „vergesellschaftet“.

Obwohl das Symbol die Propheten Micha und Jesaja zitiert und das Bild ein berühmtes Abrüstungsmonument wiedergibt, das die Sowjetunion der UN geschenkt hatte, missfiel es den Mächtigen in der DDR sehr. Seine Erfinder evangelische Jugendpfarrer aus Sachsen, hatten es gewagt, die Botschaft „Schwerter zu Pflugscharen“ auch auf die Aufrüstung der DDR im Rahmen des Warschauer Vertrages zu beziehen. Da sollte der Satz „Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen!“ plötzlich nicht mehr gelten. Als die Sicherheitskräfte dazu übergingen, den Jugendlichen auf der Straße, in den Schulen und Hochschulen das Symbol aus den Ärmeln zu schneiden, geschah etwas gänzlich Unvorhergesehenes: Das kreisrunde schwarze Loch in den Jackenärmeln wurde zum unübersehbaren



Hinweis auf die unterdrückte Botschaft. Eindringlicher und nachhaltiger als das Symbol selbst machte es darauf aufmerksam, dass in Sachen Abrüstung in der DDR noch eine Menge zu tun war. Ein, wie ich finde, wunderbares Beispiel: Selbst dort, wo die Botschaft unterdrückt, kaum noch erkennbar, wo sie nur noch „geknicktes Rohr“ und „glimmender

Docht“ ist, wo sie beschädigt, diffamiert und kriminalisiert wird, geht sie als Friedenszeichen nicht unter. Ihr vermeintliches Scheitern war ihr größter Erfolg. Seit 1982 wandert das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ um die Welt.

20. März 2003: Der angekündigte Krieg der USA gegen den Irak beginnt. Monatelang hatte die internationale Friedensbewegung gegen den von der Bush-Administration forcierten Angriff mobilisiert mit dem Slogan „Not in our name“; Nicht in unserem Namen! und „Kein Blut für Öl!“. Stunden nach der Meldung notierte ich dazu meine Gedanken. Als Überschrift wählte ich die Worte aus Jo 21, 18 „...und wird dich führen, wohin du nicht willst“. Er beschrieb exakt mein Gefühl des Scheiterns. Ich stellte mir die Frage, worauf wir als Friedensbewegung unsere verbleibenden Energien, Hoffnungen und Erwartungen in den kommenden Tagen, Wochen und Monaten überhaupt noch richten wollen. Denn wir hatten einen, wie sich später zeigen sollte, sinnlosen, furchtbaren Krieg nicht verhindern können.



In meinen Notizen vom 20. März 2003 heißt es: „‘Not in our name‘ ist Ausdruck realistischer Bescheidenheit und Selbstbeschränkung angesichts einer erdrückenden Übermacht - und doch ein ungeheuer starkes Zeugnis des Widerstehens. Aber eines Widerstehens, das sich in keiner Weise abhängig macht vom Erfolg von Aktionen und Kampagnen. Als Dokumentation der Verweigerung und De-Legitimierung gilt ‚Not in our name‘ über den Tag des Kriegsbeginns hinaus... Ich wünsche mir und vielen Menschen neben mir, dass wir die Erfahrung des Scheiterns nicht aktivistisch ‚bewältigen‘, sondern als geistliche Herausforderung annehmen und aushalten. Im Annehmen und Aushalten dieser Spannung bewährt sich die ‚Kraft der Schwachen‘.“

Soweit das Zitat. Ich denke, diese Episode ist verallgemeinerbar. „*Geknicktes Rohr*“ und „*glimmender Docht*“ stehen für die alltägliche Erfahrung des Scheiterns, des Misslingens, für die manchmal so ermüdende Anstrengung des Sisyphus, dem es nicht gelingen will, den Stein bergauf zu rollen. Der „*Aktionskreis Halle*“ (AKH), dem ich seit über 40 Jahren angehöre, hat diese Erfahrung in eine nüchterne Einsicht übersetzt: „Viele Akte der Vergeblichkeit müssen getan werden, bis sich Neues andeutet, geschweige denn durchsetzen kann“.

### **(3) Das Volk Israel selbst ist der Gottesknecht. In seinen Fußstapfen entdecken wir: Eine andere Welt ist möglich.**

Der Spur des Knechtes JHWHs folgen: So sollen wir das erste Gottesknechtslied Jes 42, 1 - 4 lesen. Als Einladung, sehen zu lernen, was ist. Und dabei zu entdecken, dass nichts so bleiben muss, wie es ist. Der Hymnus vom Gottesknecht ist eine Schule des Sehens, eine Schule des Sehen-Lernens:

Des Nicht-mehr-Weg-Sehens, des unverstellten Zu-Sehens, des emphatischen, anteilnehmenden An-Sehens, des unterscheidenden, scharf sezierenden Hin-Sehens. Wir lernen von JHWHs Knecht, dass der Gott Israels eine andere Welt will für Israel, für „die Völker“, für „die Inseln“, - und dass er dazu Menschen braucht, die mit ihm weitergehen. In die Fußstapfen Israels treten und weitergehen! Was zögert ihr, ruft uns Deuterocesaja zu. Worauf wartet ihr? Habt ihr vergessen, was ich euch über JHWHs Knecht gesagt habe? Dass er nicht verschlissen, nicht untergehen wird, bis sein Auftrag erledigt ist: „*Nicht verglimmt er und er wird nicht geknickt, bis er setzt auf Erden das Recht*“ (V. 4 a,b).

„*Bis er setzt auf Erden das Recht*“ - das will sagen: bis sich JHWHs Weise, Menschen, Völker und Staaten, ja diese Welt zu regieren, durchgesetzt hat. Das, scheint uns, ist einige Nummern zu groß für uns, für das kleine Häuflein von Pax Christi und seine Verbündeten und Sympathisanten. Und etliche Theologen meinen, das sei eine Sache, die allein Gottes Handeln vorbehalten ist am Ende der Tage. Haben sie den Knecht JHWHs richtig verstanden? Liegen sie richtig mit ihrer Lesart,

das „*Recht JHWHs*“ zu verwalten? Können die Menschen „*auf Erden*“ so lange warten? Der Prophet sagt vom Knecht JHWHs: „*Auf seine Weisung warten die Inseln*“ (V.4b) Lassen wir sie weiter warten? Bis sie abgesoffen sind, weil der Meeresspiegel schon jetzt steigt und steigt?

Wir spüren: hier schlagen die Bilder des Hymnus hart auf dem Boden der Wirklichkeit auf.

Lassen wir die Armuts-Flüchtlinge an den Außengrenzen der EU weiter warten und im Mittelmeer ertrinken, bis unsere Regierungen die nächste „technische Lösung“ aus dem Hut ziehen? Etwa unser amtierender Bundesinnenminister, dem der Widerwillen, über diese Frage auch nur nachzudenken, förmlich ins Gesicht geschrieben steht?

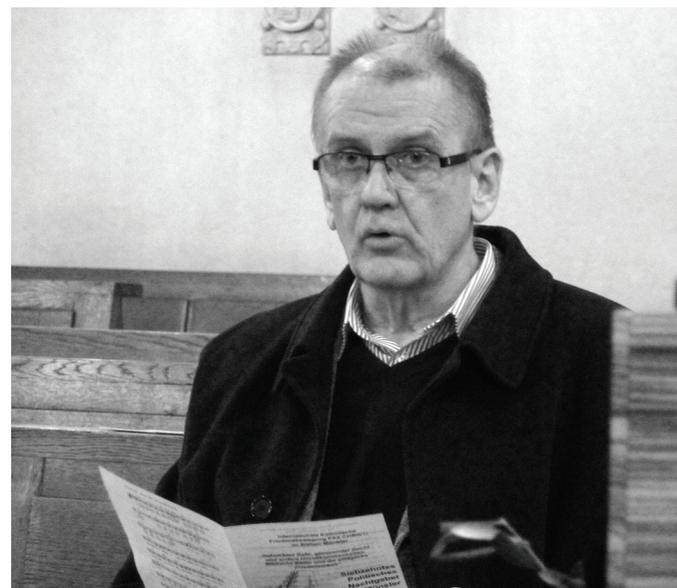


Lassen wir es zu, dass die mühsam vereinbarten Klimaziele der EU auf dem Altar der Auto- und Kohle-Lobby geopfert werden; lassen wir es zu, dass Deutschland sich im Kampf gegen die Klimakatastrophe inzwischen weit hinten anstellt und untätig auf den nächsten Taifun wartet? Müssen *Rotes Kreuz* und *Technisches Hilfswerk* die Lückenbüßer für nicht mehr stattfindende Klimapolitik spielen?

Lassen wir es zu, dass unsere florierende Rüstungsexportpolitik schamlos als „Friedenspolitik“ gepriesen wird, weil sie der „Stabilität“ unserer „Partner“ dient, „Partner“, die ihre Bevölkerungen mit Waffen aus Deutschland niederhalten? Lassen wir den Skandal zu, dass Deutschland massenhaft Tod exportiert, statt ein verlässlicher Partner des Lebens zu sein? Lassen wir zu, dass über die nächsten Waffenlieferungen nach

Saudi-Arabien und Katar weiter in den Hinterzimmern des Bundessicherheitsrates gekungelt wird, ohne parlamentarische Mitwirkung und Kontrolle?

Lassen wir zu, dass „zivile Friedenspolitik“ in Deutschland zum Anhängsel einer einseitigen, militärgestützten Interessenpolitik verkommt, deren vorherrschendes Ziel darin besteht, sich vor den Bundesgenossen in der



NATO als „verlässlicher Partner“ zu beweisen? Lassen wir zu, dass die „Versicherheitlichung“ der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik alle Einsichten über zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention, die wir in den letzten 20 Jahren gewonnen haben, einfach in den Wind schlägt?

Lassen wir zu, dass unsere Parteien und Regierenden politisch immer anspruchsloser werden? Lassen wir den Verlust von substanziellen Perspektiven für die Zukunft der Europäischen Union zu, den Trend zum minimalsten inhaltlichen Nenner bei der Formulierung gesellschaftlicher Ziele, den nahezu totalen „Verlust des Politischen“ in den Lebensfragen

unserer Gesellschaft, so wie wir es gegenwärtig in den Koalitionsverhandlungen erleben?

Eine Mängel-Liste, die sich fortsetzen ließe.

„Da habt ihr euch einiges vorgenommen“, antwortet Deuterocesaja. „Ich sage euch: Wenn ihr unsicher werden oder straucheln solltet, wenn sie versuchen, euch über den Tisch zu ziehen und für dumm zu verkaufen, dann schaut auf JHWHs Knecht. Der hatte zur Zeit des babylonischen Exils seines Volkes mit noch ganz anderen Problemen zu kämpfen als ihr. Ich empfehle euch: Lest Jesaja 42 und lasst diesen Text - es ist einer meiner schönsten - ganz lange und intensiv in euch wirken. Er wird euch in Bewegung setzen.“

*„Seht, mein Knecht, ich stütze ihn,  
mein Erwählter, Gefallen hat an ihm meine Seele,  
ich habe meinen Geist auf ihn gelegt,  
Recht zu den Nationen führt er hinaus.  
Nicht schreit er und nicht erhebt er  
und nicht lässt er hören draußen seine Stimme.  
Ein geknicktes Rohr zerbricht er nicht  
und einen glimmenden Docht löscht er nicht aus,  
gewiss führt er hinaus das Recht.  
Nicht verglimmt er und wird nicht geknickt,  
bis er setzt auf Erden das Recht,  
und auf seine Weisung warten die Inseln.“  
(Jes 42, 1- 4)*

## NEU \* NEU \* NEU

Joachim, Garstecki: *„Gewaltfreiheit politisch denken“ - Anstöße zur Friedensdebatte in Ost und West 1981-2012.*

Herausgegeben und mit einem Geleitwort versehen von Heinz-Günther Stobbe

„Es gibt eine geradezu osmotische Beziehung zwischen West und Ost in Theologie, Friedensethik und Friedensforschung, deren Bedeutung für den Zusammenhalt der beiden deutschen Staaten bis heute wenig gewürdigt ist. Die vorliegenden Texte belegen, dass Joachim Garstecki an diesem Gedankenfluss rege beteiligt war.“ (Aus dem Geleitwort von Heinz-Günther Stobbe)

Die in diesem Buch vorgestellten Dokumente umfassen einen Zeitraum von knapp dreißig Jahren:

- 1981 bis 1988: Stellungnahmen als Referent für Friedensfragen beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR
- Aus der Zeit nach 1989/90: Debattenbeiträge in der Internationalen katholischen Friedensbewegung PAX CHRISTI
- Aus der jüngeren Vergangenheit: Grundsatzüberlegungen zu Friedenspolitik und Friedensbewegung

LIT Verlag Berlin-Münster-Wien-Zürich-London

Fresnostraße 2 – 48159 Münster

e-Mail: [bestellung@lit-verlag.de](mailto:bestellung@lit-verlag.de)

Das Buch kostet: 29,90 €

*Joachim Garstecki (geb. 1942), 1971-1990 Studienreferent für Friedensfragen beim Bund der evangelischen Kirchen in der DDR in Ost-Berlin; 1987-1989 Berater der Ökumenischen Versammlung in der DDR; 1991-2000 Generalsekretär der katholischen Friedensbewegung PAX CHRISTI/deutsche Sektion; 1996 Walter-Dirks-Preis Frankfurt; 2001-2007 Studienleiter der Stiftung Adam von Trott, Imshausen e.V.; 2007 Lothar-Kreyssig-Friedenspreis Magdeburg*

Eberhard Ockel

## Das Pax Christi Delegiertentreffen

in Fulda vom 25. - 27. Oktober



Bis 18:30 Uhr waren aus Münster die beiden Delegierten Michael Finkemeier und Eberhard Ockel sowie Stefan Leibold als Kommissionssprecher (Globalisierung und soziale Gerechtigkeit) eingetroffen, die dritte Delegierte, Veronika Hüning, folgte umständehalber erst später am Freitagabend. Mag sein, dass noch weitere Pax Christi Mitglieder aus dem Bistum Münster anwesend waren, aber ich kenne nur die genannten. Die Küche im Bonifatiushaus ist exzellent und

legt eine solide Grundlage für die geistigen Höhenflüge der Delegierten, Vorstands- sowie Kommissionsmitglieder.

Die meisten Vorlagen für die Beratungen waren den Delegierten bereits schriftlich zugegangen und wurden somit auch nach der ausführlichen Begrüßung am Freitagabend nicht gesondert vorgetragen. Am Freitagabend war noch der Bericht des Präsidiums und der Generalsekretärin Thema und Mittelpunkt der Aussprache. Für alle Anwesenden ebenso überraschend wie erfreulich war die exakte Einhaltung des Zeitplans; alle waren darauf eingeschworen, sich kurz zu fassen. Der neue Vorstand hat sich vorgenommen, die Kontakte zu Kommissionen und Bistumsstellen zu intensivieren, ein neues Logo wird seit Beginn des Jahres verwendet, die neue Satzung resultiert aus einer Besprechung mit dem Finanzamt; und weiterhin wichtige Themen von Pax Christi werden sein:

die Waffenexporte, der Bürgerkrieg in Syrien, die Krise in Nahost und das bevorstehende Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkriegs 1914. Der Präsident, Bischof Heinz Josef, bedauerte aufgrund persönlicher Probleme sein vergleichsweise geringes Engagement, betonte die Bedeutung des Maximilian Kolbe Werks und kommentierte die Reaktionen auf seinen offenen Brief gemeinsam mit dem evangelischen Bischof von Kurhessen-Waldeck gegen die deutschen Rüstungsexporte weltweit.

Danach feierte der Geistliche Beirat mit uns ein Abendgebet und in der Scheune gingen die Gespräche und Diskussionen zum Kennenlernen und zu den angeschnittenen Themen weiter.

Der folgende Samstag begann um 7:30 Uhr mit einer Messe, die der Bischof zelebrierte. In seiner Predigt benutzte er zwei Bilder, in denen er die Notwendigkeit des Kompromisses zur Erreichung des Friedens veranschaulichte: Wenn zwei Männer auf einer Wippe über einem Abgrund stehen, können sie sich nur gemeinsam aufeinander zu bewegen, um die Gefahr des Absturzes zu verringern; ein Skorpion, der eingefangen wird, sucht sich durch seinen Giftstachel zu wehren und tötet sich in seinem Bemühen schließlich selbst. Der Bischof betonte die Notwendigkeit, Vorurteile als gleichsam Selbstvergiftungen zu Gunsten der Nähe zueinander aufzugeben.

Danach wurden alle eingeladen, sich an vorbereiteten Ständen über die Arbeit der Kommissionen zu informieren; darüber gab es anschließend eine kurze Aussprache. Nach der Kaffeepause wurden die vorbereiteten und bis 11:00 Uhr noch nachgereichten Anträge präsentiert. Zunächst wurden die bereits im Vorfeld verschickten Satzungs- und Geschäftsordnungsänderungsanträge vorgestellt und begründet. Auch hier lässt sich positiv resümieren: Die Tagesordnung wurde eingehalten. Nach der Mittagspause wurde die neue Satzung einschließlich eingearbeiteter Änderungen mit überwältigender Mehrheit angenommen – allerdings legte auch die Mehrheit Wert auf die Beibehaltung des Begriffs Generalsekretär(in) statt Bundesgeschäftsführer(in). Schon während der bisherigen Beratungen hatte sich gelegentlich Unmut geäußert, weil Geschäftsordnungsanträge offenbar nicht allen Teilnehmern in gleicher Weise bekannt und somit nutzbar waren.

Deshalb war die Konzentration auf die Geschäftsordnungsänderung besonders hoch. Nur geringfügig musste die Kaffeepause verschoben werden, damit auch einvernehmlich eine neue Geschäftsordnung verabschiedet werden konnte. Gerold König kündigte an, dass das Präsidium (jetzt: „Bundesvorstand“) und das Sekretariat regionale Treffen veranstalten werden, um die Konsequenzen aus der neuen Satzung und Geschäftsordnung für die Bistumsstellen (jetzt: „Diözesanvorstände“) zu erläutern.

Schon vor dem Beginn der Kaffeepause hatte der Sitzungsvorstand Interessengruppen ausgelotet, die sich den unterschiedlichen Anträgen zuordnen wollten. Wir Delegierte aus Münster ordneten uns drei Gruppen zu: Michael Finkemeier interessierte sich für die Nahostkommission, Veronika Hüning für eine aktuelle Resolution zum Syrienkonflikt und Eberhard Ockel arbeitete in dem Erinnerungsprojekt „Frieden schaffen – Krieg abschaffen“ mit, das durch ein online- Netzwerk ([www.1914-2014.eu](http://www.1914-2014.eu)) und den Plan einer gemeinsamen Konferenz 2014 europaweit zu Anregungen, Projekten, Vorträgen aufruft.

Der unbestrittene Höhepunkt des Nachmittags war der Vortrag des freien Journalisten Andreas Zumach, der in unglaublich engagierter Weise ein Referat hielt zum Thema „Vom arabischen Frühling in den islamistischen Winter? – Der Syrien-Konflikt, seine weiteren Entwicklungen und die Auswirkungen auf die Region des Nahen und Mittleren Ostens“. Er ging von einer etwa ein Jahr dauernden gewaltfreien Bürgeraktion aus, in die zunehmend unterschiedlich motivierte gewaltbereite Söldner und Terroristen eingeschleust wurden, so dass schließlich eine bürgerkriegsähnliche Szenerie erreicht ist, in der sich Sunniten, Schiiten und Aleviten, christliche Gruppierungen und Killerkommandos gegenüber stehen. Er ist davon überzeugt, dass die auf Gewaltfreiheit setzenden Bürgerbewegungen nach wie vor existieren.

Er warnte nachdrücklich vor einer militärischen Intervention, hält aber eine diplomatische Lösung nach wie vor für denkbar, wenn alle Vetomächte im Weltsicherheitsrat endlich an einem Strang ziehen.

Den Abendimpuls ersetzte ich durch ein spannendes Gespräch über die Benachteiligung weiblicher Wissenschaftler an deutschen Hochschulen,

das Christine Hoffmann inszeniert hatte und in dem es von T-Shirts mit „Panzerstoppern“ und entsprechenden Stickern mit Panzerattrappen und „Leg den Leo an die Kette“ oder „Aktion Aufschrei...“ nur so wimmelte. Eine originelle Moderation umrahmte das Ganze, in dem unter anderem auch Panzer in Kuchenform verspeist wurden. Viele Personen wurden zu den Aktivitäten gegen Rüstungsexporte in ihrem Bistum interviewt – auch Veronika Hüning zu den „Fragen des Monats“ und zum Engagement der Coesfelder im Diözesankomitee der Katholiken.

Den Sonntag eröffnete eine sehr charismatische Messe, die beglückend betonte, „dass wir alle eins sind“, und auch die Liturgie so gestaltete, dass jede(r) gestärkt in die neue Woche gehen konnte.

Die Kleingruppenarbeit in den Antragskommissionen wurde im Plenum durch Beschlüsse festgeklopft; die Fortsetzung von Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenexport wurde beschlossen, d.h.: eine Kommission eingerichtet und deren Mitglieder gewählt. Am heftigsten umstritten war der Antrag, einen Olivenzweig als symbolische Botschaft in das neue Logo zu integrieren; die Befürworter setzten sich schließlich durch. Auch eine Syrienresolution, die hier folgt, wurde verabschiedet.

Zuletzt stellte Michael Rösch die neue Homepage vor, die Anfang nächsten Jahres ins Netz gestellt werden soll. Sie wirkt übersichtlich und optisch ansprechend und bietet den Gruppen und Diözesanvorständen vielfältige Möglichkeiten der Nutzung.

Unter dem TOP ‚Verschiedenes‘ blieb der Bundesvorsitzenden, Wiltrud Rösch-Metzler, nur noch der Dank an alle Mitwirkenden und ein freundliches Abschiedswort. Insgesamt war die Zusammenkunft von großer Einmütigkeit und Selbstdisziplin geprägt.

*Eberhard Ockel ist Prof. em. für Sprachwissenschaft an der Universität in Vechta, Mitglied der SprecherInnengruppe und der Redaktion*

## Die Syrien-Erklärung im Wortlaut

### **Bundesregierung muss Verhandlungen zu einer Konfliktlösung in Syrien vorantreiben**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Verhandlungen zu einer Konfliktlösung in Syrien mit allen Kräften voran zu treiben.

Die pax christi Delegiertenversammlung fordert die Bundesregierung auf, alles zu tun, um die Genf-2- Verhandlungen zu Syrien zu einem Erfolg werden zu lassen.

Alle Akteure innerhalb von Syrien, besonders auch diejenigen, die auf gewaltfreie Lösungen setzen, müssen zu den Verhandlungen eingeladen werden.

Zu den externen, für Genf 2 zentral wichtigen Akteuren gehört der Iran. Hier ist die Bundesregierung gefordert, vor allem gegenüber den USA, für eine Einbeziehung des Iran einzutreten.

Syrien braucht eine gerechte politische Lösung. Nach zweieinhalb Jahren Bürgerkrieg sind ein Ende der Gewalt und die Sicherheit für die Bevölkerung das Wichtigste.

Waffenlieferungen an alle Konfliktparteien sind kontraproduktiv. Die Vernichtung der C-Waffen in Syrien ist ein erster wichtiger Schritt der Deeskalation.

Des Weiteren muss allen Seiten ein gesichtswahrender Ausweg eröffnet werden, unbeschadet einer notwendigen Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten.

Die Aufhebung der Sanktionen gegen Syrien würde westliches Entgegenkommen deutlich machen und so die politische Lösungssuche erleichtern.

Zur Verbesserung der humanitären Lage muss sich die Bundesregierung stärker engagieren. Mittlerweile sind die Nachbarländer von Syrien mit einer weiteren Aufnahme von Flüchtlingen überfordert.

pax christi fordert, dass die Bundesrepublik mindestens 50.000 syrische Flüchtlinge unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit vorübergehend aufnimmt. Das trägt auch zur politischen Stabilisierung der Nachbarländer bei.



pax christi fordert darüber hinaus mehr humanitäre Hilfe. Die Bundesregierung muss die internationalen Hilfsorganisationen wie UNHCR, UNWRA, UNICEF, Oxfam und Rotes Kreuz stärker unterstützen.

Hilfsgelder für Organisationen, die den Krieg in Syrien fortsetzen wollen oder sich einem Waffenstillstand verweigern, müssen eingefroren werden.

Norbert Mette

## Ein anderer Blick auf die Welt und die Kirche

Seine Mitbrüder seien fast bis ans Ende der Welt gegangen, um Rom einen Bischof zu geben. So begann der neu gewählte Papst seine Grußworte, an die auf dem Petersplatz wartende Öffentlichkeit. Dass jemand, der von ihrem Ende her kommt, die Welt – und in ihr auch die Kirche

– anders sieht als von ihrer Mitte her und entsprechend anders denkt und handelt, das hat Papst Franziskus in seinen Gesten und Worten von Anfang an deutlich gemacht – mit unterschiedlicher Resonanz: Irritationen und Befürchtungen bei den einen, Freude und Hoffnung bei den anderen.



Was Jorge Mario Bergoglio in seinem Heimatland Argentinien (und nicht nur dort) gesehen hat, ist eine Welt, die zwischen arm und reich gespalten ist und immer weiter auseinanderdriftet.

So wie der biblische Gott sich auf die Seite der Unterdrückten und Ausgebeuteten gestellt hat, so setzt sich dieser Papst für eine Kirche ein, die sich angesichts der himmelschreienden Ungerechtigkeit auf unserem Globus besonders den davon nachteilig betroffenen Armen verpflichtet weiß und ihnen einen Primat in ihren Reihen zuweist. Denn sie sind es, in denen Christus heute begegnet. Das „Tun des Gerechten“ (D. Bonhoeffer) hat somit – christlich gesehen – einen zutiefst mystischen Grund. Dabei gilt die besondere Sorge des Papstes den Ausgeschlossenen, die vonseiten der etablierten Gesellschaft für überflüssig erklärt werden, den Flüchtlingen, die „unter Lebensgefahr

Würde, Brot, Gesundheit suchen“, und den „jungen Menschen, die keine Arbeit finden und damit auch nicht ihre Würde“. Den in diesen Tragödien besonders krass sichtbar werdenden Mangel an Solidarität führt er zurück „auf ein Wirtschaftssystem, in dessen Zentrum ein Götze steht, der Geld heißt“ (Zitate aus der Ansprache in Cagliari). Aus der damit verbundenen Obenan-Setzung des Eigennutzes resultiert jene verhängnisvolle „Globalisierung der Gleichgültigkeit“, die er in Lampedusa im Anblick des Flüchtlingselends in Europa angeprangert hat.

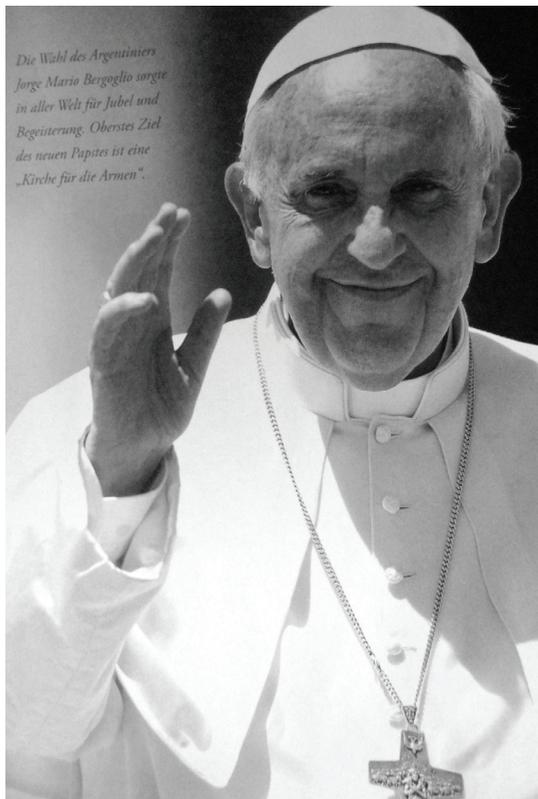
Konsequent verfolgt der Papst seinen Aufruf, den er als Erzbischof Bergoglio an die zum Konklave versammelten Kardinäle gerichtet hat, nämlich dass die Sendung der Kirche darin bestehe, aus sich selbst heraus an die Peripherien zu gehen. Nur dort, an den Rändern, finde sie zum Zentrum ihres Auftrags, befinde sie sich in der Nachfolge Jesu. Neben den geographischen (d.h. sozialen) hatte er auch von existentiellen Peripherien gesprochen. Dabei richtet er den Blick auf jene Menschen, bei denen die Globalisierung und Urbanisierung (ohne in Abrede zu stellen, dass es auch positive Wirkungen gibt) negative Wirkungen zeitigt, nämlich Orientierungslosigkeit, ein Gefühl der Verlassenheit und Einsamkeit, „die Verwirrung hinsichtlich des Lebenssinns, die persönliche Desintegration, der Verlust der Erfahrung, zu irgendeinem ‚Nest‘ zu gehören, das Fehlen eines Bezugspunktes oder tiefer Bindungen“ (Ansprache vor der brasilianischen Bischöfen). Es brauche, so betont er, eine Kirche, die keine Angst habe, in die Nacht dieser Menschen hinein zu gehen, die fähig sei, sich mit ihnen auf den Weg zu machen, das Gespräch mit ihnen zu suchen und ihre Herzen zu erwärmen, und zwar frei von jedweder Absicht einer Proselytenmacherei. Gerade Gespräche mit jenen, die der Kirche skeptisch gegenüberstehen, bedeuteten für die Kirche eine Chance, auf die Tiefe der ihr zuteil gewordenen Wahrheit über den Menschen und über Gott zu stoßen.

Dabei ist Wahrheit für Papst Franziskus kein fest umrissener Besitz; eine solche Auffassung würde den Glauben zur Ideologie werden lassen: Kein Mensch verfüge über sie, nur Gott. Er, jedenfalls der biblische Gott, sei der „immer Voraus-Seiende“. Folglich begegne man ihm beim Gehen, auf dem Weg. Man wisse nie mit Sicherheit, wo und wie man ihn treffe,

wo und wie er sich begegnen lasse. Eine dogmatische Sicherheit gebe es für ihn jedoch, betont der Papst: Gott sei im Leben jeder Person. Darauf richte sich sein Vertrauen.

Wendet man nun diesen Blick und diesen Gang an die sozialen und existentiellen Peripherien, der zugleich zum Zentrum des christlichen Glaubens führt, zurück auf die Kirche, so ergeben sich daraus erhebliche Konsequenzen. Wenn der Aufruf der Bergpredigt, zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit zu suchen, befolgt wird, gewinnen innerkirchliche Angelegenheiten zwar einen nachgeordneten Stellenwert, spielen aber doch für die Glaubwürdigkeit ihres Redens und Tuns eine erhebliche Rolle.

Entschieden fordert Papst Franziskus von allen Gläubigen eine „Pastoral der Umkehr“ ein – der Umkehr zur Nachfolge Jesu und damit zu einer dienenden, einer samaritanischen Kirche, zu einer Kirche, der es vorrangig um die Nähe zu den Menschen und der Begegnung mit ihnen, ja der einfühlsamen Zuwendung zu ihnen zu tun ist. Alles andere in der Kirche ist daraufhin auszurichten: angefangen von ihrem Verwaltungsapparat auf den verschiedenen Ebenen bis hin zu ihren Prioritätensetzungen für ihr pastorales Tun. Die Kirche verfehlt sich selbst, wenn sie ihrerseits



die Suche der Menschen nach sich selbst und nach Gott erschwert oder gar verdunkelt. Von sind unbedingt die seit Jahren erhobenen Reformforderungen anzugehen: Wenn der Papst sagt, dass selbst beim Suchen und Finden Gottes in allen Dingen immer ein Bereich der Unsicherheit bleibe, um wie viel mehr gilt dieses in moralischen Fragen und denen der Kirchendisziplin. Es reicht nicht, etwa in Fragen des Umgangs mit wiederverheiratet Geschiedenen oder mit Homosexuellen auf Barmherzigkeit zu pochen; sondern es geht hierbei wie auch bei anderen Dingen, vorab der Stellung der Frau in der Kirche, um Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit. In den Reformschritten, die anzugehen sich Papst Franziskus offensichtlich vorgenommen hat, ist er zu ermutigen: die Umstrukturierung der vatikanischen Kurie zu einem Dienstleistungsorgan; die Anerkennung der Autonomie der Ortskirchen und Dezentralisierung von Verantwortung; die Absage an jeglichen Klerikalismus und die Ernstnahme der Würde des ganzen Gottesvolkes und seines unfehlbaren Glaubenssinnes; die Neubestimmung des Verhältnisses zwischen besonderem und allgemeinem Priestertum und der Zugangsbedingungen zur Ordination; Transparenz der kirchenoffiziellen Entscheidungen auf allen Ebenen und Einführung des Synodalprinzips; ein mutiges Voranschreiten in Richtung einer Einheit der Christenheit; die Anerkennung des theologischen Pluralismus. Für Letzteres wäre es übrigens eine schöne Geste, wenn Papst Franziskus die überfällige Rehabilitation von Hans Küng als katholischem Theologen vollzöge.

So dringlich eine Umsetzung dieses Reformkatalogs ist, so darf nicht vergessen werden, dass es sich dabei um keinen Selbstzweck handelt, sondern es um die Glaubwürdigkeit einer Kirche geht, die in der Nachfolge Jesu sich aus sich heraus zu den Peripherien in Welt und Kirche zu gehen berufen weiß. Damit ist ein Ruf zur Umkehr verbunden, der sich nicht nur an die sog. Oberen in der Kirche richtet, sondern an alle Christgläubigen, auch und gerade an die, denen es vergönnt ist, in wohl situierten Verhältnissen leben zu können.

*Norbert Mette ist Prof. em. Für Religionspädagogik / Praktische Theologie an der Universität Dortmund*

Leben statt Zerstörung

## Zur Notwendigkeit einer Ökumenischen Versammlung

### I. Vorbemerkungen – Zeit für ein klares Wort

Im ökumenisch-konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung haben die Kirchen seit Anfang der 1980er Jahre die Überlebensfragen der Menschheit zu ihren eigenen gemacht. Damit verbunden ist ein Verständnis von Ökumene, das in der Einheit der Kirchen ein Zeichen für die Einheit der Menschheit sieht. Ein solches Verständnis von Ökumene ist nicht denkbar mit dem Rücken zu den Überlebensfragen der Menschheit. Insofern gehören diese konstitutiv zum Kirche-Sein. Inzwischen haben die Überlebensprobleme an Dramatik weiter zugenommen, während die Kirchen sich eher den Sorgen um ihre eigene Zukunft zuwenden: Im Vordergrund stehen – oft mit neoliberalen Denken aufgeladene – Strukturreformen oder Strategien, wie sich die Kirche durch religiöse Wellness- und Eventangebote auf dem Markt des Religiösen behaupten können. Angesichts der Dramatik der gesellschaftlichen Krisen und Zerstörungsdynamik wird es zu einer wesentlichen Herausforderung der Kirchen, den Blick auf sich selbst zu überwinden und sich neu und mit geschärftem Blick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit dem zuzuwenden, worunter Menschen bei uns und weltweit leiden.

Viele Tagungen, Konferenzen und Publikationen haben sich in den letzten Jahren im Rahmen des konziliaren Prozesses und darüber hinaus mit Einzelphänomenen wie Landraub, Arbeitsrechtsverletzungen, Rohstoffausbeutung, Klimawandel, Geschlechtergerechtigkeit etc. beschäftigt, moralische Appelle lanciert oder im Detail kenntnisreich, aber ohne Blick auf das gesellschaftliche Ganze argumentiert. Die Ökumenische Versammlung will diese Aspekte zu einer Kritik zusammenführen, in der die Phänomene der Zerstörung in Verbindung gesehen werden mit

der durch unsere Wirtschafts- und Lebensform bestimmten gesellschaftlichen Totalität.

Wir leben und arbeiten in einer weit fortentwickelten kapitalistischen Gesellschaft und wir können nicht so tun, als lebten wir in einer anderen. Dies bedeutet für die Ökumenische Versammlung, dass sie den Mut zu einer radikalen Kritik des Kapitalismus aufbringen und neue Ansätze daran messen müsste, ob sie in der Lage sind, eine Alternative zum Kapitalismus als gesellschaftlichem Zusammenhang zu ermöglichen.

Natürlich soll sie weiter offen für Handlungsmöglichkeiten sein, um unter den gegenwärtigen Bedingungen den Menschen bei der Lösung vielfältiger Probleme zur Seite zu stehen. Sie darf jedoch die Schranken nicht ignorieren, auf die wir stoßen, um nicht weiter falsche Hoffnungen diesseits grundlegender, radikaler Problemlösungen zu nähren.

### II. Krise und Zerstörung

#### 1. Was wir wahrnehmen

Soziale, wirtschaftliche, politische und ökologische Krisen weltweit sind nicht zu übersehen. Sie zeigen sich in einer Vielzahl von Phänomenen: einstürzende Textilfabriken in Bangladesch, Landraub in Paraguay, menschenverachtende Ausbeutung verschiedener Rohstoffe in der Demokratischen Republik Kongo einschließlich gewalttätiger Konflikte und Umweltzerstörung, Klimawandel, abnehmende biologische Vielfalt, Unwetter mit katastrophalen Folgen, die absehbare Endlichkeit vieler natürlicher Ressourcen, eine steigende Zahl kriegsähnlicher Auseinandersetzungen, Finanzkrisen, eine festgefahrene Ungleichheit des Verhältnisses zwischen den Geschlechtern, prekäre Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sowie nicht zuletzt die Kluft zwischen arm und reich.

#### 2. Produktivität und Zerstörung - die krisengeprägte Dynamik des Kapitalismus

Die Grundparadoxie unserer Zivilisation ist, dass sie einerseits das Produktionspotential, das Geldvermögen und den Reichtum, die wissenschaftlichen, ökologischen und technischen Fähigkeiten enorm vergrößert

Bert, gleichzeitig aber keine Lösung, sondern in globalem Maßstab eine massive Zuspitzung gesellschaftlicher Grundprobleme schafft.

Für die ökumenische Bewegung wäre es eine wichtige Herausforderung, diese Krisen- und Zerstörungsprozesse als Äußerungen einer Produktionsweise und zugleich einer darauf beruhende Lebensweise zu begreifen, die Kapitalismus heißt. Dabei ist es nötig, sich mit dem auseinander zu setzen, was der Kapitalismus im Kern ist. Wer sich mit weniger begnügt, begibt sich in die Gefahr, sich selbst und die nachfolgenden Generationen zu täuschen.

### **a) Grundlage: Die Warenproduktion**

Die Produktion von Waren dient in dieser Wirtschaftsordnung allein dem Zweck, aus Geld mehr Geld zu machen. Sie hat nicht den Zweck, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern einzig und allein, Kapital zu verwerten und zu vermehren. Dies ist sein abstrakter Selbstzweck. Das ist das Betriebssystem des Kapitalismus, darauf ruhen und davon abhängig sind alle anderen ‚Anwenderprogramme‘ unseres Wirtschaftens und Lebens. Ob heute Neoliberalismus oder neoliberale Globalisierung, oder früher ‚soziale Marktwirtschaft‘ – es ist im Wesen das Gleiche, bloß jeweils eine der vielen historischen und regionalen Erscheinungsformen.

Nur wenn dieser Selbstzweck als treibende Urkraft verstanden wird, ergibt auch das, was daraus folgt, einen Sinn: zum Beispiel das Konkurrenzprinzip als dynamische und zerstörerische Kraft, die bis in die ‚privatesten‘ Bereiche unseres Lebens hineinwirkt; oder der notwendige Zwang zu ständigem Wachstum. Eine Kritik des Wachstums ohne Kritik des Kapitalismus, also der Logik seines Betriebssystems als Ganzem, läuft ins Leere. Dass der Kapitalismus auf ökologische Grenzen stößt, ist wesentlicher Teil der Krise, die wir gegenwärtig erleben.

### **b) Wert und Abspaltung**

Die Verausgabung von Arbeit ist die Grundlage dieser Produktionsweise. Und zwar nur von menschlicher Arbeit, denn dass man Geld für sich arbeiten lassen kann, diese Behauptung ist eine Verblendung. Nur Arbeit bildet den Wert, der in Waren vergegenständlicht ist. Dies ist jedoch nur

möglich, wenn es gleichzeitig einen vom Wert abgespaltenen Bereich gibt. Das sind all die Tätigkeiten, die der Reproduktion dienen d.h. dem Erziehen von Kindern, Haushaltstätigkeiten, Pflege von Kranken und Alten usw.. Reproduktion, also das Feld der zwar für das Leben ‚wertvollen‘, aber in der kapitalistischen Logik nicht ‚Wert‘ schaffenden Tätigkeiten, ist eine notwendige Voraussetzung für die kapitalistische Gesellschaftsformation, als eine solche aber oft nicht reflektiert. Wertbereich und Abspaltungsbereich stehen in einer dialektischen Beziehung, sie haben den gleichen Ursprung.

Die abgespaltene Reproduktion trägt den Charakter des Weiblichen, wertet aber das ‚Weibliche‘ strukturell ab: Bestimmte minderwertig angesetzte Eigenschaften wie Emotionalität, Sinnlichkeit, Charakter- und Verstandesschwäche werden in ‚die Frau‘ projiziert und vom männlichen Subjekt abgespalten. Dieses stellt sich ‚im Gegensatz‘ dazu als stark, durchsetzungsfähig, leistungsfähig etc. dar.

### **c) Wachstum und seine Widersprüche**

Der Zwang zum stetigen Wachstum braucht den steigenden Verbrauch von Ressourcen und hat nachhaltige Schädigungen der Umwelt zu Folge. Aber auch diese Strategie hat ihre Grenzen: denn die Märkte sind nicht endlos und die Kaufkraft schwindet, auf der anderen Seite verteuert sich die Produktion durch ihre Verwissenschaftlichung. Infolge der mikroelektronischen Revolution (Computerisierung) verschwindet immer mehr Arbeit. Das bedeutet den Verlust an Wertschöpfung, der durch Ausweitung der Produktion nicht mehr kompensiert werden kann. Es können zwar Unmengen an stofflichen Reichtümern produziert, sie können aber nicht mehr in Geld verwandelt werden. Da aber nicht stofflicher Reichtum zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zählt, sondern Reichtum in der Wertform, d.h. Warenreichtum, der sich in Geld verwandeln lässt, führt das zu einem Problem, das wir als Krise erleben.

### **d) Krisen und Auswege**

Die gegenwärtige Krise des Kapitalismus bedeutet im Kern, dass – durch den von der Konkurrenz erzwungenen Fortschritt der Produktivität – eine Warenproduktion möglich geworden ist, in der immer mehr Arbeit als

Substanz des Kapitals überflüssig wird. Das wiederum zwingt zu einer Produktion, die den Wertverlust zu kompensieren sucht, indem sie immer größere Massen an Waren herstellt. Wegen des Schwindens der Arbeit als Substanz des Werts erreicht der Kapitalismus die Grenzen seiner Reproduktionsmöglichkeiten: Infrastruktur, Bildung, Verwissenschaftlichung der Produktion, Systeme sozialer Sicherheit etc. sind von der schwindenden Wertschöpfung kaum mehr zu finanzieren. Einen Ausweg als Kompensation meinte man im Finanzkapitalismus zu finden, dem es zunächst zu gelingen schien, ohne Umweg über den Prozess einer wirklichen Wertschöpfung gleich direkt durch den Handel mit Finanztiteln, also durch die Schaffung fiktiver Werte, Geld zu vermehren. Das blähte sich auf und führte schließlich zu Blasen, die platzten, mit katastrophalen Auswirkungen. Die Ausweglosigkeit der Politik zeigt sich in dem Dilemma, dass sie einerseits Sparzwänge verordnete, die die Konjunktur abwürgen, andererseits die Ausgaben zur Rettung der Konjunktur (und der Banken) erhöhen musste.

Die Politik wird so zur Krisenverwalterin des Kapitalismus. Sie steht dabei unter dem Zwang, zu immer rigideren und repressiveren Maßnahmen zu greifen, um den Funktionszusammenhang des Ganzen aufrecht zu erhalten: Das reicht von Sozialabbau und Sparmaßnahmen über zunehmende Überwachung im Inland. Das geht weiter bis hin zu Kriegseinsätzen mit dem Zweck, den Zugang zu Rohstoffen und die Funktionsfähigkeit der globalisierten Gesellschaftsordnung zu sichern. Das wirtschaftliche und politische Handeln muss mit dem Selbstzweck der Verwertung von Kapital in Übereinstimmung gebracht werden.

#### **e) Grenzen des Kapitalismus: Historisch und logisch**

Ob es Lösungen für die Krisen geben kann, die das Leben von Menschen zerstören, hängt nicht vom guten oder schlechten Willen der Beteiligten ab, sondern davon, ob es gelingen kann, die tödliche Logik des Kapitalismus zu überwinden – durch den Aufbau einer Gesellschaftsordnung, die nicht dem irrationalen Selbstzweck der Vermehrung von Kapital, sondern dem Leben dient, das heißt dem, was die Menschen tatsächlich brauchen. Der gesellschaftliche Zusammenhang, den der Kapitalismus

bestimmt, ist als Herrschaft zu verstehen, der die Handelnden unterworfen sind, die aber abstrakt, also ohne klar identifizierbare ‚Herren‘ bleibt.

Es gibt nur geringe Spielräume im Verwertungsprozess, sie können für Alternativen im Kapitalismus genutzt werden. Diese Räume für immanente Veränderungen im Interesse von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung schwinden jedoch umso mehr, je mehr der Verwertungsprozess auf seine Grenzen stößt. Alternativen sind mit der Betriebslogik des Kapitalismus nicht herstellbar, sondern nur mit einem grundlegend anderen und neuen Ansatz.

Viele Meinungsmacher stellen Konkurrenz oder Gewinne und Verluste als etwas ‚Allgemeinmenschliches‘ dar, als zum ‚Wesen‘ des Menschen gehörend – eine Ideologie, die den Kapitalismus zu einer ‚anthropologischen Konstante‘, zum Bestandteil des Menschseins generell macht. Nein – es ist eine Lebensform in der Geschichte der Menschen, die einen Anfang hatte und die vermutlich aus sich heraus dafür sorgt, dass sie nicht mehr weitermachen kann. Deshalb war u.a. die ‚soziale Marktwirtschaft‘ nur eine Periode in der Geschichte, sie ist so nicht wiederholbar. Denn Kapitalismus ist historisch gesehen nicht die ewige Wiederkehr des Immergleichen, und es ist auch nicht das Ende der Geschichte, sozusagen die endgültige, bleibende Form, wie wir unsere Leben organisieren können.

#### **f) Der Umfang**

Das Gebot der Stunde ist es also heute, die Krise der Finanzmärkte als eine der Krisen des Kapitalismus zu begreifen, dessen zerstörerische Folgen immer deutlicher werden. Soll ein Leben für alle Menschen in materieller Sicherheit und Würde möglich sein, ist der Bruch mit einem Gesellschafts- und Lebensmodell nötig, das auf der Akkumulation des Kapitals um seiner selbst willen gründet. Wird der Globus weiter diesen Verwertungsgesetzen unterworfen, wird es nicht möglich sein, die Menschheit und die Schöpfung zu bewahren.

### III. Erfahrungen und Lebensweisen der Menschen

#### 1. Lösungsmuster: Inklusion und Exklusion

Die Erkenntnis, dass Alternativen zum Kapitalismus notwendig sind, wenn Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung eine Chance haben sollen, ist umso dringlicher, als die Gefahr in den ‚Lösungen‘ besteht, mit denen die mit dem Kapitalismus verbundenen Ausgrenzungen ‚verarbeitet‘ werden.

Rassismus, Antisemitismus oder Antiziganismus wachsen in Krisenerfahrungen. Charakteristisch ist, dass solche Verarbeitungsweisen sich entlang der Fragen von Arbeit und Nicht-Arbeit etablieren: Abgewertet werden diejenigen, die angeblich nicht arbeiten wollen und sich als ‚Arbeitsscheue‘ dem Verwertungsprozess verweigern. Bedrohlich erscheinen diejenigen, die zu Geld und Macht kommen, ohne dafür zu arbeiten. Ohne kritische Reflexion der gesellschaftlichen Zusammenhänge der Krisen- und Zerstörungsprozesse werden die Ursachen Personen oder Menschengruppen zugeschrieben. Damit droht eine Barbarisierung im Krieg aller gegen alle.

Frauen, die in Beruf und Haushalt in doppelter Weise gesellschaftliche Aufgaben tragen, sind vor allem den mit der Krise verbundenen Lasten ausgesetzt. Aber auch ohne Beruf sind es vor allem sie, die mit deren Bewältigung konfrontiert sind. Nicht zuletzt scheint sich auch in wirtschaftlichen und politischen Bereichen ein entsprechender Trend abzuzeichnen: Je schärfer und auswegloser sich die Krise zeigt, umso mehr scheinen Frauen gefordert, sie zu ‚managen‘ bzw. zu verwalten.

Menschen, deren ‚Humankapital‘ sich über den Arbeitsmarkt nicht oder nur zu prekären Bedingungen verwerten lässt, sind arm und aufgrund fehlender materieller Grundlagen vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Aber auch diejenigen, die über den Arbeitsmarkt Verwertung finden, stehen unter Dauerstress, d.h. unter dem Druck, so ‚mobil‘ und ‚flexibel‘ zu funktionieren, dass sich ihr ‚Humankapital‘ effektiv und kostengünstig verwerten lässt. Die geforderten Anpassungsleistungen sind immer wieder neu zu erbringen – und zwar, wie es heißt, ‚eigenver-

antwortlich‘. Unterwerfung soll als Selbst-Unterwerfung geschehen. Im Rahmen der sog. Hartz-Reformen und ihrer Kombination von Fördern und Fordern wurde ein Instrument entwickelt, mit dem der „Druck auf die Arbeitskräfte, sich den Zwängen des Arbeitsmarktes flexibel anzupassen“ erhöht und die Ausweitung des Niedriglohnsektors und prekärer Arbeitsverhältnisse durchgesetzt werden konnte.

Hier wird deutlich: Inklusion kann nicht so ohne weiteres als Ziel formuliert werden. Auf dem Weg über den Arbeitsmarkt, unter den Verwertungsbedingungen der Arbeitskraft, wird sie zur Zwangsinklusion. Da gibt es die ständig Überforderten – qualitativ und quantitativ – und die Unterforderten, die unter ihren Fähigkeiten ‚eingesetzt‘ oder als unbrauchbar gleich ganz aussortiert werden („ausschließende Einschließung“).

#### 2. Der verwertbare Mensch: Wertschöpfer und Verbraucher

Die Verwertung macht den Menschen – einen marktkonformen, neuen Persönlichkeitstyp. Wer sich marktkonform zurichten lässt, dessen Marktwert steigt. So erhält er das Zeug dazu, Humankapital zu sein. Kapitalanhäufung und -Vermehrung als Grundfunktion, bestimmen nicht nur die Produktion von Gütern und Diensten, sondern auch den Warenverkehr und die Lebens- und Interaktionsformen der Menschen untereinander. In diesen Koordinaten der Arbeits- und Freizeitwelten müssen sich die Lebensweisen wie Familie, Freizeitverhalten, Kultur, Unterhaltung, auch Bildung etc. abspielen.

Deutschland ist eine Arbeitsgesellschaft und die Menschen definieren sich über ihre Arbeit. Doch die Arbeit steckt in der Krise: Wir haben Armut trotz Arbeit. Sie ist in den Norden zurückkehrt und verursacht auch hier soziale Spaltung, d.h. Arbeitsverdichtung auf der einen Seite und Lohndumping und Überflüssig-Gemachte auf der anderen Seite. Sie wird ‚bekämpft‘ und zugleich unsichtbar gemacht: durch die bekannten Deregulierungen und Flexibilisierungen, durch sich ausbreitende prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit Löhnen, von denen Menschen nicht leben können. Das wird als Schicksal und Risiko, Zwang und Chance zugleich angeboten. Immer gnadenloser sind Menschen gezwungen,

sich den Bedingungen des Arbeitsmarktes zu unterwerfen – mit den entsprechenden psychischen und sozialen Folgen nicht zuletzt für Kinder und Familien bzw. Alleinerziehende. Immer gnadenloser werden die auf dem Arbeitsmarkt nicht Verwertbaren, also ‚Überflüssigen‘, in Armut abgedrängt, unter den Generalverdacht der Faulheit gestellt und als zu senkende Kostenfaktoren behandelt.

Als KonsumentIn wiederum ist der wertschaffende Mensch ein Rädchen in einer gigantischen wirtschaftlichen Umwälzungsmaschinerie, in welcher der Bedarf in der Kapitalverwertung, nicht bei dem liegt, was er braucht. In den Mittelklassen ist die Vorstellung vom Konsumismus nahezu universell. Und die Konsumlogik vereinfacht das Leben. Die Vielfalt in der Warenkultur eröffnet vordergründig Wahlmöglichkeiten, die pure Masse an Zeug in den Märkten suggeriert Reichtum oder Wohlstand. Hinter der Vielfalt versteckt sich eindimensionale Einfalt, die Wahl unter den Waren suggeriert Freiheit, ersetzt aber Wahlmöglichkeiten bei der Suche nach alternativen Lebensweisen, die auf dem Weg über parlamentarische Wahlen nicht erreicht werden können oder auch sollen.

### **3. Die Warenwelt – Enteignung von Transzendenz und Spiritualität**

Kapitalismus oder auch ‚soziale Marktwirtschaft‘ war noch nie nur ein Instrument, um praktisch die Herstellung und Verteilung von Gütern zu regeln. Er inszeniert sich mit religiösen Attributen. Und er wird von den meisten auch als quasi-religiös angesehen. Das zeigt sich oft in der Reaktion auf Kritik: als hätte man ein Tabu, also so etwas wie eine tiefe Glaubensüberzeugung verletzt.

Diese Religion braucht Mythen: Der Mythos von der unsichtbaren Hand des Marktes, der Mythos vom Staat als Sachwalter des Gemeinwohls, oder davon, dass er überflüssig sei, weil der Markt es besser oder überhaupt erst richte, bis hin zum Grundmythos, dass aus der Gesamtheit aller verfolgten Einzelinteressen auf wunderbare Weise so etwas wie Gemeinwohl entstünde. Dieser Mythos ist jedoch immer mehr im Schwinden oder wird nicht mehr benötigt, weil in der neoliberalen Phase so etwas wie Gemeinwohl noch nicht einmal mehr im Gespräch ist.

Religio – ‚Rückbindung‘ an absolut Gesetztes, wird hier zur Bindung an die absolute Notwendigkeit der Kapitalrealisierung und ihres ewig laufenden Prozesses. Religionsartig erscheint auch die Warenwelt, so, wie sie den – nein: nicht Menschen – VerbraucherInnen geboten wird. Nach dem alten Konzept wurde durch Marketing stets ein Produkt verkauft. Nach dem neuen Modell ist das Produkt immer sekundär. Der Verkauf der Marke erfordert eine neue Komponente, die man nur als spirituell bezeichnen kann. Werbung bedeutete, mit einem Produkt hausieren zu gehen. Bei der Markenpolitik jedoch in ihrer fortgeschrittenen Ausprägung geht es um unternehmerische Transzendenz. Da die Menschen als Konsumenten soweit versorgt sind, dass sie die ‚Träume des Habens‘ nicht mehr weiterbringen, bleibt der ‚Traum des Seins‘, eine Art Sinndimension, die noch unbedient und damit verwertbar ist. Es geht um die Gestaltung der Seelenlage der potentiellen KundInnen, also um ‚Seelsorge‘, und diese hat Orientierung im Angebot. Die neuen Werbestrategien sind Lebensstrategien.

Wir haben es also mit einer doppelten Transformation zu tun: Die Transformation des Menschen, seiner Wünsche und seiner Lebenszeit in etwas Marktfähiges und Warenförmiges und letztlich die Destruktion der Würde des Menschen runter bis auf die Ebene der Warenwelt, wenn ‚s sein muss auch auf Ramschniveau. Keine Übertreibung - wer die Wirklichkeit zu lesen versteht, wird das darin entdecken.

Umgekehrt erleben wir die Transformation von Waren, von Dingen, von Tauschwerten zu Emotionen, Träumen, zu Wertvollem, zu Orientierungs- und Sinntägern. Es ist eine ‚Aufeinander-Zurichtung‘. Was ist das größte, das einer Marke passieren kann? Es ist: Kultstatus zu bekommen und als Kultprodukt verehrt zu werden.

### **4. Ohnmachtserleben angesichts der Krisen und Bedrohungen**

Die Menschen scheinen den Krisenprozessen nahezu alternativlos ausgeliefert. Sie erfahren das als Ohnmacht oder es macht sie gar körperlich und seelisch krank. Der Druck zur Selbstbehauptung in der Konkurrenz wächst, droht doch die Gefahr, die eigene Arbeitskraft nicht mehr oder

nur noch prekär verwerten zu können und so ‚überflüssig‘ zu werden. Persönliche und individuelle Handlungsspielräume schwinden. Eine Lebensperspektive scheint – ganz der betriebswirtschaftlichen Logik entsprechend – individuell und gesellschaftlich in der Anpassung an die nicht hinterfragten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu liegen.

Mit dem Druck der Verhältnisse wächst der Druck zu dieser Anpassung, gar zum Verschmelzen mit der Gesellschaft, die in einem inneren Zusammenhang mit all den Krisen steht. Selbst diejenigen, die sich kritisch mit der erfahrbaren Krisen- und Zerstörungsdynamik auseinandersetzen, suchen oft Alternativen im Kapitalismus statt darüber hinaus. Die Affirmation des Kapitalismus und seiner Kategorien, fast wie ein Grundbekenntnis, scheint Voraussetzung dafür zu sein, öffentlich Gehör zu finden. Die dieses Wirtschafts- und Lebensmodell bestimmenden Kategorien prägen offensichtlich so sehr das Bewusstsein und die Haltungen der Menschen, dass – wie oben erwähnt – Kapitalismus nicht nur mit einem politischen, sondern auch mit einem inneren Tabu belegt ist.

#### **IV. Zur Rolle der Kirchen – Was sollte die Ökumenische Versammlung leisten?**

##### **1. Kultur der Waren oder des Lebens**

Wir stehen in einem fundamentalen ‚Wettbewerb‘, eigentlich einem Widerspruch: Gerechtigkeitswünsche, gesellschaftliche Teilhabe, internationale Solidarität und eine insgesamt dem Leben dienende Entwicklung als Grundlage der Gesellschaft stehen ‚marktfähigen Gütern‘ gegenüber wie optimale Kapitalverwertung, Profitsteigerung, Wettbewerb, Reduzierung der Kosten, vor allem für die ‚Ware‘ Arbeit, Leistungsverdichtung, Rationalisierung, Produktivitätssteigerung.

Wirtschaft ist von einer Untereinheit der Gesellschaft zu einem umfassenden (totalen) Programm geworden: Warenwelten, Unterhaltungswelten und Sinnwelten zur Bewältigung und Verdrängung von Kontingenzerfahrung, Kultwelten für Religions- und Verehrungsbedürftigkeit etc. Für alle und für jede Lebenssituation etwas. Es werden tendenziell alle Lebensbereiche bis in öffentliche Daseinsvorsorge, Bildung und

Gesundheit hinein nach dem Modell der Kapitalverwertung besetzt, also sozusagen zur Ware gemacht. Das heißt aber: alle Werteordnungen und alle Felder, selbst die Hinterhöfe des Menschseins werden davon in Anspruch genommen.

Die Räume für christlichen Glauben, für Kunst und Kultur und für Menschlichkeit überhaupt werden extrem eingeeignet. In diesen Räumen waren bis dato ein anderer Geist, eine andere Grundlogik und eine andere praktische Orientierung am Werk.

In der Tendenz zur ‚Entsorgung‘ des Menschen und zur Totalisierung, die über Leichen geht, liegt die entscheidende Herausforderung für den Glauben der ChristInnen. Denn die Dynamik der Vermehrung des Kapitals tritt an die Stelle Gottes und fordert ‚Opfer‘ – Menschenopfer.

##### **2. Wer sind wir und was nehmen wir wahr?**

Eine Selbstvergewisserung tut Not, damit wir unseren eigenen, notwendigerweise begrenzten Horizont benennen, der uns als Handelnde in einer Ökumenischen Versammlung leitet.

Wenn wir aus der Analyse unserer Wirtschafts- und Lebensweisen und aus christlicher Grundlage heraus nicht nur den Blick auf uns, die deutsche Mittelschicht richten, sondern eine Option für die Armen, für die Opfer setzen, und unser Verhältnis zu ihnen, dann hat das zur Voraussetzung, dass wir uns der Grundsicht stellen – und diese Erfahrung müssen wir irgendwie einmal gemacht oder eben als Erkenntnis gewonnen haben – dass es erstens ‚Opfer und Arme‘ im weitesten Sinn überhaupt gibt: ökonomisch und kulturell Arme und Unterdrückte, politisch Deklassierte, rassistisch Diskriminierte, Opfer im Geschlechterkampf etc. Zweitens, dass das in der Schrift keine Nebensache, sondern von entscheidender Bedeutung ist, also eine Grundsicht darstellt. Wir finden es dort als konkrete Geschichten, als Erzählungen wieder und nicht als etwas Zeitloses, das sich dann in begrifflicher Sprache ausdrückt. Schließlich und drittens, haben wir es hier nicht mit einer für Jeden und Jede von uns privat geltenden Sittlichkeit zu tun, sondern mit einer Gewissensfrage im gesamt-gesellschaftlichen Zusammenhang.

Die Zusage des Evangeliums für die Armen ist ein Paradigma, eine Grundsicht, Kern der Erzählungen vom Reich Gottes, von der aus sich alles weitere Sehen und Handeln ergibt: dass diese nicht weiter die Verachteten und Deklassierten bleiben, sondern als erste Adressaten des Reiches Gottes mit jener Würde ausgestattet werden, welche Selbstbewusstsein und Stärke zur Überwindung von Elend sowie Kampf gegen Unterdrückung gibt.

### 3. Die andere Tradition der Kirche aus der Schrift

Von ihrem Selbstverständnis her wäre es also Aufgabe der Kirchen, den herrschenden Ansprüchen zu widersagen, Widerspruch anzumelden, und Widerstand, um damit Gott und den Menschen zu dienen. Stattdessen scheinen sie gegenwärtig eher darauf bedacht zu sein, ihr eigenes Überleben zu sichern. Statt sich analysierend mit der Krise auseinander zu setzen, welche Menschen erleben und bis in den Tod erleiden, widerstehen sie nicht der Versuchung, sich selbst auf den Märkten von Religion und Spiritualität durch entlastende Angebote zu sichern. ‚Religion‘ soll als Wellness erfahren und im religiösen Event erlebt werden. Damit scheinen die Kirchen verlorenes Terrain marktförmig zurück erobern zu wollen – als Option für das eigene Überleben.

Für sie käme es jetzt darauf an, sich nicht in babylonische Gefangenschaft zu begeben, indem sie sich zur Rechtfertigungsinstanz für Marktkonformität allen wirtschaftlichen und politischen Handelns macht, dabei ihre eigene Tradition den Mechanismen einer marktförmigen Religion anpasst und vielleicht noch darüber hinaus zur Anwältin der Scheinfreiheiten der Warenwelt wird.

Die Tradition ist vielmehr geprägt vom Zusammenhang zwischen Gott und dem Schrei aus dem Sklavenhaus, zwischen Israels Gott und seinem Christus, von der Unterscheidung zwischen dem Gott der Befreiung und den Götzen des Todes, die Anpassung und Unterwerfung fordern. Diese Unterscheidung wäre durchzubuchstabieren angesichts eines Kapitalismus, der sich als eine ‚Religion‘ inszeniert, bei der Transzendenz und Immanenz im kapitalistischen Verwertungszusammenhang verschmelzen. Das bedeutet letztlich das Ende von Transzendenz, bedeutet

die ‚totale Dienstbereitschaft‘ gegenüber der abstrakten Herrschaft des Kapitalismus, bedeutet das Opfer als Selbstzweck, das dem Verwertungsprozess darzubringen ist. Genau besehen wäre der Kapitalismus dann keine Religion, sondern das Ende der Religion.

Gegenüber der Selbstabschließung und der Selbstimmunisierung des Kapitalismus könnte gerade die Gottestraktion, für die die Kirchen stehen, Horizonte der Befreiung eröffnen. Gott, von dem die Bibel erzählt, steht in Widerspruch zu geschlossenen ‚Totalitäten‘ wie Ägypten, wie Babylon, wie Rom. Er ist vor allem mit denen im Bund, die unter den Verhältnissen leiden und nach Wegen der Befreiung suchen. Die messianische Bewegung erkennt Israels Gott vor allem im Aufstand des Messias gegen die Verhältnisse von Gewalt und Unterdrückung sowie in Gottes Treue zum Messias, die er in der Auferweckung des Gekreuzigten gezeigt hat. Sein Aufstand gegen Unrecht und Gewalt, gegen Leid und Tod wird zum Aufstand derer, die aus der Kraft seines Geistes sich einer Totalität widersetzen, die über Leichen geht und die gesamte Schöpfung aufs Spiel setzt.

In dieser Perspektive könnten Kirchen Gemeinschaften werden, die versuchen, nach dem Modus des Samariters denen beizustehen, die Opfer der Strukturen von Räuberei und Gewalt werden; die prophetisch Zusammenhänge von Unrecht und Gewalt zur Sprache bringen, apokalyptisch empfindsam sind für die Zerstörungspotentiale des Krisenkapitalismus; und die sich schließlich – inspiriert von messianischer Hoffnung und kritischer Analyse – nicht abfinden mit der Welt, wie sie ist, sondern nach Möglichkeiten von Alternativen zum Kapitalismus Ausschau halten.

### 4. Ansätze einer anderen Praxis

Viele Menschen in den christlichen Kirchen und Gemeinden haben die Einsicht in die Probleme und Fragen abgespeckt, sie entmaterialisiert und spiritualisiert. Wir können eine Art Widerwillen feststellen, sich einem solchen Ansinnen im Grundsatz überhaupt auszusetzen, das heißt eine umfassendere Wahrnehmung und ein Verstehen der Wirklichkeit überhaupt zuzulassen. Eine ‚spiritualisierte‘ Spiritualität ohne Bodenhaftung und ohne grenzüberschreitende Verantwortlichkeit ist beliebt.

Nicht selten ist der einzige Boden, an dem das haftet, die eigene, private Befindlichkeit. ‚Vergesst die Opfer nicht‘ müsste der Ansatz einer anderen Praxis sein – und zwar nicht nur im karitativen, sondern auch im politischen Sinn.

Und daher sollten die Kirchen nicht selber noch auf derselben Ebene Lösungswege oder Auswege ansetzen, indem sie die Problemlage individualisieren, psychologisch verankern und moralisch bewältigen wollen. Diese Herangehensweise lädt den betroffenen Menschen die Last der Bewältigung auf und lenkt die Suche nach den Ursachen von den Strukturen und systemischen Bedingungen ab. Es vermeidet die Auseinandersetzung mit ökonomischer Macht sowie den dahinter stehenden Mechanismen und lässt die Menschen allein und im Regen stehen: Druck auf die Arbeitslosen zulassen statt Auseinandersetzung mit der Rolle der Arbeit.

Die evidente Forderung der Gegenwart kann nur sein, dass wir statt der totalen Inwertsetzung, die alles einem Nützlichkeitskalkül unterwirft, das in Geld messbar ist, eine ganz andere Spiritualität brauchen, womöglich einen völligen Bruch mit dieser Art von Anmaßung.

### **5. Leitgedanken – worauf es ankommt**

Kirchen sind kein monolithischer Block. Sie sind nicht nur durch ihre Nähe zur herrschenden Ökonomie und zum Staat bestimmt. In ihnen befinden sich auch Strömungen, die dieser Nähe unter Berufung auf die biblischen Traditionen sowie analytischen Einsichten widersprechen. Sie lassen ein anderes theologisches Denken in Verbindung mit Ansätzen einer anderen Praxis lebendig werden. Genau dies kann sich als innovativ für Prozesse in den Kirchen als Großinstitutionen erweisen.

Vor dem Hintergrund des bisher Gesagten kann es keine Rezeptur für Verbesserungen oder gar Transformationsmaßnahmen geben, sondern nur Gedanken darüber, worauf es bei einer Ökumenischen Versammlung ankommt:

- sich von Neuem mit dem Leiden von Menschen und der Zerstörung der Lebensgrundlagen auseinander zu setzen,
- sich der Herausforderung stellen, die Leidens- und Zerstörungsdynamik im Kontext der Krise des Kapitalismus zu reflektieren,
- einzutauchen in die biblischen Traditionen der Befreiung,
- im Sinne des Processus Confessionis das Verhältnis der Kirchen zum Kapitalismus als Bekenntnisfrage zu begreifen,
- die Notwendigkeit von Alternativen zum Kapitalismus zu erkennen und deutlich zu machen,
- die Suche nach Exit-Strategien und Alternativen mit der Frage nach dem, was denn den Zusammenhang einer neuen Gesellschaft bilden muss, zu beginnen,
- nach Strategien für Menschen zu suchen, die von der Krise des Kapitalismus bedroht sind...

---

## LESERBRIEF

Mir ist Edgar Utsch mit seiner Würdigung von Ferdis Buch zuvorgekommen. Ich stimme ihm in allen Punkten - vor allem in seiner Leseerfahrung - zu.

Aber ich habe als Zeitzeuge - ich habe Pfarrer Werners erlebt, als Student im 2. Semester, voller Bewunderung - dank meiner emotionalen Nähe zu einer jungen Theologin, die später meine Frau wurde, den Aufbruch einer konziliaren Kirche gespürt. Vor allem vom liberaleren Geist der Kirche zur konfessionsverbindenden Ehe fühlte ich mich existenziell betroffen; und nur wenige Pfarrer wie dich, Ferdi, gab es nach meinem Eindruck in meiner protestantischen Konfession. Zwar gab es in der evangelischen Fakultät mit Willi Marxsen einen begeisternden Bekenner der protestantischen Exegese gegen fundamentalistische Strömungen, aber einen solch politischen Seelsorger in der Studentengemeinde wie Ferdi Kerstiens habe ich nicht kennen gelernt.

Das Buch bezeugt für jeden theologisch interessierten Leser die Gedanken und Lebenserfahrungen eines Menschen, der beispielhaft glaubwürdig Kirche als wanderndes Gottesvolk und sich als Diener gelebt hat. Ich fühle mich durch das Buch beschenkt.

*Eberhard Ockel*

---

## TERMINE

---

*11. Januar 2014*

---

PAX CHRISTI-Friedensgottesdienst zum Jahresbeginn in der Gastkirche / Recklinghausen.

Der Eucharistiefeier steht Pfr. Ludger Ernsting vor

Beginn: 16 h

Im Anschluss an den Gottesdienst treffen wir wieder bei mitgebrachten Essensteilen zum munteren Gersprächsaustausch im Gasthaus zusammen.

---

*18. Januar 2014*

---

PAX CHRISTI-Studientag östliches Münsterland in der Landvolkshochschule Freckenhorst

Beginn: 9.30 Uhr (bis ca. 17.30 Uhr)

Referent: Prälat Klaschka - Geschäftsführer von Adveniat, Aachen

Thema: „Dein Reich komme“ - Das Reich Gottes, Mittelpunkt der Verkündigung Jesu, der Auftrag von Adveniat in Lateinamerika und sein Beitrag in der Kirche von Deutschland

---

*27. Januar 2014*

---

Shoatag – Befreiung von Auschwitz

Auch in diesem Jahr gestalten wir eine Gedenkfeier für die Ermordeten des deutschen Faschismus im großen Sitzungssaal des Rathauses zu Vreden

Dazu laden ein: PAX CHRISTI im Bistum Münster, Stadt Vreden, kath. Kirchengemeinde St. Georg.

---

In diesem Jahr wird der Madrigalchor Vreden die Gedenkfeier bereichern

Ort: Rathaus Vreden

Beginn: 19.30 h

---

*21. März 2014*

---

Achtzehntes Politisches Nachtgebet zu Münster

Dieses Politische Nachtgebet findet in der Nähe zum Ermordungstag des Erzbischofs Oscar Romero statt. Und dies wird auch diesen Gottesdienst durchziehen.

Wir bereiten ihn gemeinsam mit der Christlichen Initiative Oscar Romero vor.

Die Predigt wird Pfr. em. Norbert Arntz (Kleve) halten.

Ort: Petrikerche zu Münster, Johannisstraße

Beginn: 19.30 h

---

*28.-30. März 2014*

---

Bistumsstellentreffen

in Nonnenhorn/Bodensee (in unmittelbarer Nähe des Friedensmuseums Lindau.

---

*19. bis 21. September 2014*

---

Medienprojekt: Flandern 1914 – 2014

Zum 100. Jahrestages Beginn des Ersten Weltkrieges laden wir im September junge Erwachsene zu einer Fahrt nach Flandern ein.

- Workshop zum Ersten Weltkrieg in der Jugendbegegnungsstätte in Lommel, Belgien
- Besuch einer Kriegsgräberstätte

- 
- Museum „In Flanders Fields“ in Ypern, Belgien
  - Stadtführung durch Brügge oder Antwerpen

Ort: Belgien: Lommel, Ypern, Brügge oder Antwerpen

Unterbringung: Jugendbegegnungsstätte Lommel sowie ein Mittelklassehotel

Teilnehmerzahl: 15 junge Erwachsene (18 bis 30 Jahre)

Leitung: Matthias Lauks (Pax Christi), Jens Effkemann (Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge)

Kosten: ca. 150 € pro Person; bezuschusst durch die Stiftung „Gedenken und Frieden“ (Volksbund) sowie das Bistum Münster

Zum Anmeldeverfahren:

Interessierte melden sich bis zum 31. März 2014 mit Zahlung des Reisepreises an: Ernst Dertmann, Pax Christi Bistumsstelle Münster, Breul 23, 48143 Münster, dertmann-e@versanet.de

---

*Frühjahr 2015*

---

PAX CHRISTI-Kongress 2015

Krieg ächten – Gerechter Friede weiter entwickeln

50 Jahre nach Pacem in Terris - Für eine friedensethische Neuorientierung

Im Frühjahr 2015 führt die deutsche Sektion einen friedensethischen Kongress durch, der angesichts aktueller friedenspolitischer Herausforderungen die Überlegungen der Dokumente „Pacem in Terris“ und „Gerechter Friede“ weiter entwickelt.

## Dietrich Bonhoeffer

Ich glaube, Gott,  
dass du diese Welt geschaffen hast.  
Ich glaube, dass du uns Menschen gewollt hast,  
jeden von uns gleich liebst und  
keine Unterscheide machst  
zwischen Rassen, Stand und Geschlecht.

Ich glaube, Gott,  
dass du uns Jesus Christus,  
deinen Sohn, gesandt hast,  
der als Bruder unter uns Menschen lebte,  
der uns die frohe Botschaft der Liebe  
und des Friedens verkündete  
und der für uns am Kreuze starb.

Ich glaube an den Heiligen Geist,  
der auch jetzt unter uns weilt,  
der uns Kraft gibt,  
Gutes unter den Menschen zu tun,  
der uns zwischen Gut und Böse unterscheiden lässt  
und der uns zur Liebe führt.

Ich glaube,  
dass ich einst in Gemeinschaft  
mit allen in dein Friedensreich ziehen werde.

Amen.